

tarantel Nr. 29



Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform
bei der PDS Juni 2005



Störche in der Naturschutzstation Berlin-Malchow. Über eine Kamera ist die Nestbeobachtung aus kürzester Distanz möglich.

Bundestreffen der Ökologischen Plattform
am 11./12.6.2005 in Berlin-Malchow

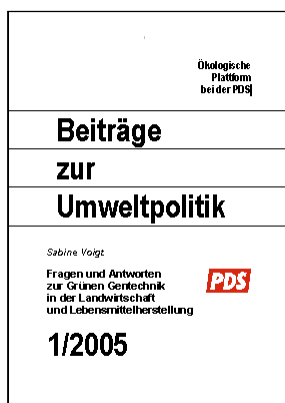
Wahlalternative für Umweltpolitik?
Ökologische Positionen der WASG

Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz
der PDS Brandenburg
am 3. September 2005 in Müncheberg

Inhaltsverzeichnis

Ohne neuen Impuls hat die PDS keine Perspektive <i>Brief des Vorsitzenden der PDS Lothar Bisky an die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten</i>	1
Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der PDS am 11./12. Juni 2005 in Berlin	3
Bericht <i>Manfred Wolf</i>	3
Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der PDS	3
Vorschlag der Plattform für ökologische Positionen im Wahlprogramm	4
„Umweltschutz ist öffentliche Daseinsvorsorge - über die Notwendigkeit ökologischer Nachhaltigkeit und ihre soziale Dimension“. Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der PDS Brandenburg (Müncheberg, 3. September 2005) <i>Ilse Spahn, Kirsten Tackmann</i>	5
Wahlalternative für Umweltpolitik? <i>Roland Schnell</i>	21
Damit aus dem Klimawandel kein Klimasturz wird - PDS-Einsatz für solare Energiewende verstärken <i>Marko Ferst</i>	26
Crash 2050 - Die Folgen des Klimawandels <i>Quelle: www.netzeitung.de (Februar 2005)</i>	28
Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern (Teil 2) <i>Marko Ferst</i>	28
Bücherecke	33

Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“



Die Ökologische Plattform hat mit der Herausgabe einer Schriftenreihe begonnen.

Vorgesehen sind zwei Veröffentlichungen pro Jahr. Das erste Heft zu Fragen der Gentechnik kann von der Webseite heruntergeladen bzw. für 3 € angefordert werden:

Sabine Voigt „Fragen und Antworten zur Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung“

Workshop der Ökologischen Plattform „Linke ökologische Gesellschaftsstrategie für das 21. Jahrhundert“

Der diesjährige Workshop wird am Sonnabend, dem 12.11.2005, in Berlin stattfinden.

Abb. auf der Titelseite:

Die Naturschutzstation, in der auch unser diesjähriges Bundestreffen stattfand, ist auf jeden Fall einen Besuch wert (Informationen unter www.naturschutzstation-malchow.de).

Werden WASG und PDS so gut zusammenkommen wie die Störche in der Station? Diese haben jedenfalls erfolgreich gebrütet. Nehmen wir das Bild als optimistischen Ausblick auf die zukünftige Verbindung der Linken!

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Als Ökologen bei und im Umfeld der PDS beschäftigt uns vor allem das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zu ihrer natürlichen Umwelt. Andere parteipolitische Themen sind in dieser Zeitschrift die Ausnahme, obgleich auch solche zu unserem Debattenspektrum gehören. Heute erlaube ich mir als eine solche Ausnahme eine kurze Meinungsäußerung zu dem begonnenen Annäherungsprozess zwischen der PDS und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG).

Grundsätzlich sollten alle Linken, denen es um soziale, ökologische und antimilitaristische, also um Politik für das Volk geht, alle Einigungsmöglichkeiten und -ansätze im linken politischen Raum begrüßen und unterstützen. Wünschenswert und vorstellbar wäre es daher schon, wenn sich ein Zusammengehen zwischen PDS und WASG gut entwickelte und perspektivisch gar als Impuls für weitere An- und Zusammenschlüsse erwiese, die schließlich zu einer starken sozialistischen Volkspartei in Deutschland führten. Denn die SPD hat, so sie aus der Sackgasse ihrer neoliberalen Politik nicht schnell herausfindet, als eigenständige Vertreterin der Interessen des Volkes abgewirtschaftet. Der Anspruch, dauerhaft zur drittstärksten politischen Kraft in Deutschland zu werden, könnte daher auch zu kurz gegriffen sein.

Der Anfang ist wie immer und besonders hier schwer. Das kann angesichts deutscher Geschichte nicht anders sein. Illusionen sind also nicht angebracht, politischer Mut hingegen sehr. Wichtig ist von beiden Seiten die Achtung des Partners. Und an der Stelle sorgte schon mal gleich zu Beginn eines Annäherungsprozesses die Forderung der WASG an die PDS nach Namensänderung für leichte Irritation. Soll der Stil des Zusammenwachsens auch künftig in Druck und Forderungen oder im Aufeinanderzugehen bestehen? Es kann nicht darum gehen, Befindlichkeiten Einzelner zu bedienen. Es geht um Ehrlichkeit auch gegenüber den Wählern. Sie wissen ohnehin, was in dem Paket steckt, was PDS und WASG schnüren wollen, denn sie sind keine Analphabeten.

Wir erwarten von beiden Seiten, um die historische Chance zu nutzen, ehrliches Aufeinanderzugehen. Denn nur eine starke linke Fraktion im Bundestag könnte den neoliberalen Zug noch aufhalten. Thematische Übereinstimmung ist hinlänglich vorhanden, was jetzt stärker in die Öffentlichkeit gehört. Und vorhandene Zustimmung im linken Spektrum stimmt hoffnungsvoll. Als Plattform erhoffen wir uns auch Zuwachs und Verstärkung für unsere Arbeit auf ökologischem Gebiet. Eine neue Partei muss und kann die sozialen und ökologischen Belange unseres Lebens in ihrer Politik zusammenführen. Ein Blick in entsprechende WASG-Aussagen, siehe Beitrag von Roland Schnell, berechtigt zu dieser Hoffnung.

Manfred Wolf

Ohne neuen Impuls hat die PDS keine Perspektive

Brief des Vorsitzenden der PDS Lothar Bisky an die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, unmittelbar nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen machten Franz Müntefering und Gerhard Schröder den Vorschlag, den Deutschen Bundestag bereits in diesem Jahr neu zu wählen. Oskar Lafontaine erklärte, dass er für ein Bündnis von PDS und Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative zur Verfügung steht. Auf dem so genannten Kleinen Parteitag der PDS am 28. Mai wurde der Vorschlag positiv aufgenommen, mit der WASG in Gespräche einzutreten. Es folgten turbulente Tage.

In nur drei Wochen erzielten wir in wichtigen Fragen Einigungen, denen auch unser Parteivorstand zugestimmt hat:

- PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Prozess der Vereinigung gestalten und so ein erweitertes Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen;
- bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 werden beide Parteien nicht gegeneinander antreten;
- die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl 2005 auch Mitgliedern der WASG öffnen;
- als ein Zeichen dafür, dass wir etwas Neues beginnen wollen, ist die PDS bereit, ihren Namen zu ändern und hat dazu eine außerordentliche Tagung des 9. Parteitages zum 17.7. nach Berlin einberufen.

Mit all dem sind Emotionen verbunden und werden Traditionen berührt. Es geht um die Wahrung und die Entwicklung von Identitäten und vieles mehr. Klar war und klar muss bleiben, dass wir uns penibel im Rahmen der Parteien- und Wahlgesetzgebung der Bundesrepublik bewegen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Male vor einer großen Chance stehen. Die erste haben wir genutzt mit der Gründung der Europäischen Linkspartei. Die zweite Chance tut sich in der Bundesrepublik Deutschland auf. Man mag sie historisch nennen oder auch nicht. Aber sie bietet sich jetzt. So brauchen wir jetzt den Mut zur Entscheidung. Die Chance des Augenblicks besteht

1. darin, in Deutschland ein Zeichen zu setzen, dass sich die Linke nicht immer mehr splittet, sondern aufeinander zugeht;

2. darin, ein Beispiel dafür zu schaffen, dass etwas gleichberechtigt zusammenwachsen kann, was in Ost und West unterschiedliche Wurzeln hat und bis heute auch unterschiedliche Milieus repräsentiert und anspricht;
3. darin, in Deutschland links von der SPD eine Kraft zu konstituieren, die sich dauerhaft als drittstärkste politische Kraft erweisen kann.

All das potenziert sich zu neuen Chancen für eine auf soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie gerichtete Politik. Wir können unseren politischen Absichten größeres Gewicht verleihen, also dem, wofür es uns als Partei gibt. Alles das kann dazu führen, dass es erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland links von der SPD eine Partei gibt, die dauerhaft und bundesweit gesellschaftlichen Einfluss ausüben kann, die auch von vielen Menschen, die sie nicht wählen, zum akzeptierten Teil des politischen Spektrums gerechnet wird.

In diesen Tagen beobachten wir Akzentverschiebungen sozialdemokratischer oder rotgrüner Politik, zum Beispiel zu Löhnen und Abgaben. Das hat gewiss viele Ursachen, aber auch der verstärkte Druck von links gehört wohl dazu! Es ist der Druck einer Linkspartei, die bislang nur als Medienprodukt existiert.

Für mich ist auch klar: Ohne einen neuartigen Impuls hat die PDS keine dauerhafte Perspektive. Es gibt Mut machende Zeichen: Seit dem 23. Mai haben rund 500 Menschen allein im Berliner Karl-Liebknecht-Haus ihre Absicht erklärt, jetzt Mitglied der Partei werden zu wollen. Das ist in dieser Dimension einmalig in der Geschichte der PDS.

Wichtiges bringen wir in einen möglichen Vereinigungsprozess ein. Unsere Programmatik und unsere politischen Konzepte, unser Gestaltungsanspruch und unsere Erfahrungen gehören dazu, Meine fest Überzeugung ist, dass wir uns auf einen Weg begeben, auf dem die PDS an Kraft gewinnen kann, auf dem sie auch ihre besondere Verankerung im Osten Deutschlands nicht etwa preisgibt, sondern stärkt und dem Westaufbau weitere Perspektiven öffnet. Vergessen sollten wir überdies nicht, dass wir im Grunde angetreten sind, die Welt zu verändern. Das sollte die Fähigkeit einschließen, uns selbst zu verändern!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!

Gesprächsgruppen von PDS und WASG haben intensiv verhandelt. Wir sind fair miteinander umgegangen, weil wir ein gemeinsames

Ziel haben. Bisweilen war der Ton auch hart, einmal standen die Gespräche sogar kurz vor dem Abbruch. Da ging es um die Frage, zu welcher Änderung ihres Namens die PDS jetzt bereit sei.

Ich kann es verstehen, dass es für Mitglieder der WASG schwer ist, auf Listen einer Partei anzutreten, deren Name besonders im Westen nicht immer einen positiven Klang hat - ein Umstand, gegen den ich auftrete, dessen Existenz ich aber nicht bestreiten kann.

Ich weiß, wie groß die Zumutung für die WASG ist, jetzt faktisch auf das zu verzichten, weshalb sie sich als Wahlalternative gebildet hat, nämlich auf die eigenständige Kandidatur zur Bundestagswahl.

Wir wiederum haben in den Gesprächen immer deutlich gesagt, dass wir programmatisch am demokratischen Sozialismus festhalten und deshalb stets als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten handeln und handeln werden.

Der Parteivorstand schlägt dem für den 17. Juli einberufenen Parteitag vor, die PDS umzubenennen in „Die Linkspartei“. Die Partei wird den Zusatz „PDS“ tragen, wobei die einzelnen Landesverbände über dessen Verwendung auf Landesparteitagen entscheiden. Ich gehe davon aus, dass die Landesverbände in Berlin und in den neuen Bundesländern den Zusatz „PDS“ Beschließen werden, und nehme an, dass das in einigen westdeutschen Landesverbänden anders sein wird. Dann ist auch klar, dass „PDS“ in der Wahlwerbung und in vielen Ländern auf den Stimmzetteln auftauchen wird. Letzteres zum Beispiel als „Die Linkspartei. PDS Landesverband ...“, verbunden mit der denkbaren Kurzform „Links. PDS“. Also: Wir machen durch eine Namensänderung unseren Willen deutlich, unsere Identität erweitern und die Partei für noch mehr Menschen linker Einstellung öffnen zu wollen. Zugleich verschwinden die Buchstaben PDS nicht aus dem politischen Leben und der Öffentlichkeit dieses Landes. Wir betreiben keinen Etikettenschwindel.

Parteinamen wie „Linke“ oder „Linkspartei“ zur Bezeichnung politischer Kräfte, die eine kapitalismuskritische bis antikapitalistische Haltung haben, sind international durchaus üblich. Konkret betrachtet, dient die Charakterisierung als „links“ solchen Parteien oder Organisationen dazu, sich von der Sozialdemokratie und ihren Parteien im jeweiligen Land zu unterscheiden. Beispiel sind die Linkspartei in Schweden, die Vereinte Linke in Spanien, Die Linke in Luxemburg, die Estnische Linkspartei oder die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS) aus Griechenland.

Bei internationalen Zusammenschlüssen wird „links“ verwendet, um die Vielfalt und pluralistische Zusammenarbeit solcher Kräfte zu kennzeichnen. Ein Beispiel ist die Fraktion Vereinte Europäische Linke im Europäischen Parlament, die es seit 1994 gibt, später mit dem Zusatz Nordische Grüne Linke (Abkürzung GUE/NGL), in der die PDS seit 1999 mitarbeitet. Ebenso die Partei der Europäischen Linken, die die PDS im vergangenen Jahr mitgegründet hat. Alle Parteien, die dort zusammenarbeiten, orientieren als langfristiges Ziel auf eine demokratische sozialistische Gesellschaft.

Natürlich weiß ich, dass die Umbenennung vielen Mitgliedern und Freunden der Partei auch schwer fällt. Die größeren Möglichkeiten jedoch, die sich damit verbinden, scheinen mir den Kompromiss nicht nur erträglich, sondern zwingend notwendig zu machen. Über einen endgültigen Namen der aus dem Vereinigungsprozess hervorgehenden Partei müssen wir uns in den nächsten zwei Jahren noch gemeinsam verständigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, ich kann mich nicht daran erinnern, dass jemals ein neues politische Projekt so viel Aufmerksamkeit gefunden hat, bevor es offiziell auf den Weg gebracht wurde. Das belegt ein Blick in die Zeitungen. Es waren mit einem neuen Projekt auch nie so viele Erwartungen verbunden. Das belegt ein Blick auf die aktuellen Umfragen. Ganz augenscheinlich sehen viele Menschen hier eine reale Gegenkraft und scheinbar alternativlosen rot-grün-schwarz-gelben Politik. Und natürlich wird ein Wahlvorschlag viele Wählerinnen und Wähler ansprechen, der mit den Namen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi verbunden ist und mit weiteren Namen verbunden sein wird, die für eine Politik sozialer Gerechtigkeit stehen.

Ein neues Projekt ist ohne Risiko nicht zu haben. Aber ich sehe zuerst die Chancen! Deshalb werbe ich dafür, dass wir u Bundestagswahl 2005 unsere Listen öffnen. Deshalb werbe ich dafür, diesen Prozess zu verbinden mit einer Namensänderung. Deshalb werbe ich für eine Vereinigung von PDS und WASG, die auch offen für andere ist. Diese Vereinigung sollten wir in den nächsten zwei Jahren anstreben und dazu nach der Bundestagswahl 2005 eine Urabstimmung durchführen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, den Vorschlag des Parteivorstandes an den Parteitag in euren Basisgruppen zu erörtern und das Vorhaben einer neuen Linken in Deutschland engagiert zu unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen
Lothar Bisky

Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der PDS am 11./12. Juni 2005 in Berlin

Bericht

Manfred Wolf

Die Ökologische Plattform bei der PDS traf sich am Wochenende, 11/12.6., zu ihrem diesjährigen Bundestreffen.

Die Teilnehmer des Treffens nahmen zur Kenntnis, dass allem Anschein nach noch in diesem Jahr Wahlen zum Bundestag stattfinden könnten und erarbeiteten einen Teil Umweltpolitik für ein Wahlprogramm der PDS. Da wegen der Kürze der Vorbereitungszeit offensichtlich auch ein sich auf einige wichtige Schwerpunkte konzentrierendes Wahlprogramm erstellt werden soll, beschränkt sich der Vorschlag der Plattform für den Parteivorstand ebenfalls auf einige, allerdings sehr gewichtige Aussagen. Auf diese sollte allerdings nicht verzichtet werden, denn nur ein Teil Umweltpolitik im Wahlprogramm der PDS könnte der Bedeutung des Themas für die Gesellschaft wie auch der umfangreichen und nützlichen Arbeit, die Gliederungen und Parlamentarier der PDS auf diesem Gebiet leisten, gerecht werden.

Neben generellen Forderungen zu nachhaltigerem Wirtschaften wollen die Ökologen vor allem ihre Vorstellungen zur notwendigen

Energie- und Verkehrswende, zum Naturschutz und zur ökologischen Gestaltung der Land- und Forstwirtschaft im Programm unterbringen.

Die Teilnehmer des Treffens hörten einen Bericht der umweltpolitischen Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Delia Hinz, zu Fragen der Umweltpolitik in Berlin und speziell der PDS-Fraktion. Sie äußerten sich kritisch zu einigen Aspekten Berliner Umweltpolitik, u. a. zu einer Gebührenentwicklung, die den Bürgern z. B. bei der Müllentsorgung und bei der Wasserver- und -entsorgung keinerlei finanzielle Anreize für Einsparungen bietet. An dieser Stelle werden auch die Positionen der PDS im Senat zu wenig kenntlich und öffentlich gemacht.

Das Bundestreffen verabschiedete eine Erklärung, in der die Teilnehmer die destruktive Haltung der USA in Bezug auf die atomare Abrüstung, wie sie auf der diesjährigen Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag zum Ausdruck kam, verurteilen und die Forderung deutscher Bürgermeister und anderer gesellschaftlicher Kräfte zur Abschaffung der Atomwaffen in Deutschland unterstützen.

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der PDS

Die Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der PDS haben mit Enttäuschung das Scheitern der diesjährigen Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag zur Kenntnis genommen und sind empört über die destruktive Haltung der USA auf dieser Konferenz, durch welche der Bestand des Vertrages aufs äußerste gefährdet ist.

Zugleich erklären wir uns solidarisch mit allen gesellschaftlichen Kräften, die für die Abschaffung aller Atomwaffen und gegen jede Form der Weiterverbreitung eintreten. Insbesondere unterstützen wir die Forderung „Deutscher Bürgermeister zur Abschaffung der Atomwaffen“ an die deutsche Bundesregierung:

- Verhandlungen über den Abzug der USA-Atomwaffen vom deutschen Boden zu beginnen und
- die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben.

Die deutsche nukleare Teilhabe stellt eine permanente Verletzung von Sperrvertrag, Grundgesetz und 2 + 4-Vertrag dar und dient als Bestandteil der nuklearen Komplizenschaft mit den USA der politisch-moralischen Unterstützung für die Option der USA und der NATO auf präventiven Atomwaffeneinsatz.

Diese Komplizenschaft muss beendet werden, damit von Deutschland nie wieder Krieg ausgeht!

Berlin-Malchow, den 12. Juni

Vorschlag der Plattform für ökologische Positionen im Wahlprogramm

Ökologisch Wirtschaften

Sozial-ökologische Strukturreformen stehen im Zentrum einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie. Wir wollen jene Eigentums- und Machtstrukturen, die einem ökologischen Wandel entgegenstehen, schrittweise verändern. Wir werden regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und das ökologischen Wirtschaften fördern, mit dem Ziel, einen sehr viel höheren regionalen Beitrag der Versorgung zu erreichen. Die PDS setzt sich dafür ein, dass sowohl die Produktionsprozesse als auch die Produkte selbst umweltverträglich gestaltet werden. Schon bei der Konzipierung von Produkten sind Umweltziele zu fixieren. Die Hersteller sind zur Produktinformation und -haftung sowie Wiederverwendung oder Entsorgung zu verpflichten. Wir treten für dezentrale und umweltverträgliche Abfallbehandlungsverfahren anstelle von Müllverbrennung ein. Der Vermeidung von Abfällen geben wir den Vorrang vor der Verwertung und Beseitigung. Dafür streben wir eine Verpackungs- und Werbesteuer an.

Energiewende durchsetzen

Die globale Klimaerwärmung muss durch eine maximale Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen gebremst werden. Die PDS strebt an, bis 2050 alle Energien aus erneuerbaren Potentialen zu gewinnen. Die PDS setzt sich für eine ökologisch gewichtete Primärenergiesteuer ein. Umweltverträgliches Handeln, Einsparung von Energie und Ressourcen sollten finanziell belohnt und unzutragliches Verhalten belastet werden. Dabei sind die sozialen Fehlwirkungen der gegenwärtigen Ökosteuer zu korrigieren. Wirtschafts- und Forschungssubventionen sind ökologisch auszurichten.

Die PDS setzt sich dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz in vollem Umfang zu erhalten und Hemmnisse zur Breitereinführung der erneuerbaren Energien wirkungsvoll abzubauen, weil ohnehin die nuklearen und fossilen Brennstoffe in der nächsten Generation zur Neige gehen. Die Potentiale von Windkraft, Erdwärme, Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik sind bei verbessertem Energiemanagement in der Lage, auch Grundlastkapazitäten abzudecken. Bei der Wärmebereitstellung gibt es erhebliche Möglichkeiten von der Solarthermie bis zur Holzhackschnitzelanlage. Wir unterstützen Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetze.

Die PDS fordert den kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Sie lehnt den Neubau von Atomkraftwerken, den Export von AKW-Technik und die Wiederaufarbeitung atomarer Brennstoffe sowie die damit verbundenen Atommülltransporte ab. Bei der Auswahl eines Endlagers für Atommüll müssen Sicherheitskriterien höchste Priorität haben. Gorleben wird diesem Anspruch nicht gerecht. Die potentiellen Gefährdungen durch schwach radioaktive Abrisstoffe, z. B. im Straßenbau, müssen beseitigt werden. Sie wurden jedoch durch die unter Rot-Grün beschlossene Abschwächung der Strahlenschutzverordnung noch verstärkt. Im gesamten Energiesektor sind Entflechtungen bei Erzeugern und Netzbetreibern sowie eine wirksame und demokratische Energieaufsicht und -regulierung notwendig. Die regionale und kommunale Energieversorgung ist zu stärken.

Verkehrswende herbeiführen

Der öffentliche Personenverkehr muss erheblich verbilligt und ausgebaut und den sozialen und kulturellen Bedürfnissen angepasst werden. Die Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Nahverkehr sind zu stoppen und umzukehren. Das Streckennetz der Bahn muss wieder ausgebaut werden. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die vorhandenen Wasserwege ist geboten. Die Subventionen für den klimaschädigenden Flugverkehr müssen gestrichen werden. Flugbenzin ist endlich zu besteuern. Die PDS fordert, das Beschleunigungsgesetz für die Verkehrswegeplanung abzuschaffen. Mit der Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung ist eine Strategie der kurzen Wege durchzusetzen. Die Nutzung umweltfreundlicher, wenig lärmender und verschmutzender Verkehrsarten sollte steuerlich gefördert werden. Der Dieselfilter ist innerhalb der nächsten Legislaturperiode durchzusetzen.

Naturschutz verbessern

Luft, Boden und Wasser sind vor schädlichen Einträgen zu bewahren. Wir unterstützen deutschland- und europaweit die Entwicklung eines zusammenhängenden Schutzgebietsystems zur Bewahrung des Artenreichtums. Rahmenrichtlinien, die den Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft und den Schutz von Wasser, Boden und Luft befördern, sind schnell und konsequent umzusetzen. Flankie-

rende Förderinstrumente für den Schutz von Natur und Landschaft sollen ausgebaut und verstärkt werden, so z. B. das Programm LIFE Nature und die Programme für FFH- und Vogelschutzgebiete.

Geeignete Maßnahmen sind zu ergreifen, um den Flächenverbrauch für Infrastruktur drastisch zu reduzieren und die Böden zu entsiegeln, wo dies möglich ist. Einen weiteren technischen Ausbau von Flüssen lehnen wir ab. Natürliche Überschwemmungsgebiete, die Hochwässer aufnehmen und speichern können, sind von Bebauung freizuhalten und nach Möglichkeit zurückzugewinnen.

Land- und Forstwirtschaft ökologisch gestalten

Der Übergang zu ökologischem Land- und Waldbau ist dringend geboten. Der Einsatz von Nährstoffen und Pestiziden muss auf ein Maß reduziert werden, welches Gesundheitsschäden für Mensch und Tier und ökologische Schäden vermeidet. Freiwillige ökologische Leistungen beim Landbau, die über diese Mindestanforderungen hinausgehen, sollten finanziell gefördert werden. Alle Tiere sind in Haltungssystemen unterzubringen, die sich an der natürlichen Lebensweise der Tierarten orientieren. Leistungsförderer und Antibiotika gehören nicht ins Tierfutter. EU-Landwirtschaftssubventionen sind kritisch zu hinterfragen und stärker auf nachhaltige Produktionsmethoden auszu-

richten. Steuern auf Pestizide und Mineraldünger können zur Verbesserung der Marktfähigkeit ökologisch angebaute, gesunder Lebensmittel eingesetzt werden.

Den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir ab. Gentechnisch veränderte Kulturpflanzen und Nahrungsmittel können unkalkulierbare Folgen für die Biosphäre und die Gesundheit haben und bergen große Risiken für die Bauern. Die PDS unterstützt die Schaffung gentechnikfreier Zonen. Die Sicherheitsforschung ist auf einem völlig unzureichenden Stand. Für ökologische und wirtschaftliche Schäden durch die Gentechnik sind nicht nur die unmittelbaren Verursacher heranzuziehen, sondern vor allem Hersteller und Entwickler. Die Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen ist bis auf die Nachweisgrenze zu senken. Sie hat auch für Lebensmittel zu gelten, die von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Wir lehnen die Patentierung von Lebewesen und Genen ab.

Umweltbewusstsein entwickeln

Für Umweltorganisationen streben wir mehr demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Dem Ausbau der Umweltbildung messen wir große Bedeutung bei. Ökologische Zukunftsfragen sind ein zentrales Anliegen der Bildung und Ausbildung und sollten eine Querschnittsaufgabe im Unterricht sein.

„Umweltschutz ist öffentliche Daseinsvorsorge - über die Notwendigkeit ökologischer Nachhaltigkeit und ihre soziale Dimension“. Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der PDS Brandenburg (Müncheberg, 3. September 2005)

*Dr. Ilse Spahn, AG Umwelt
Dr. Kirsten Tackmann, stellv. Landesvorsitzende*

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus dem Landesverband, der Landtagsfraktion und der AG Umwelt, sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, die sich durch Textbeiträge oder kritische bzw. ergänzende Hinweise an der Erarbeitung dieser Thesen beteiligt haben.¹

Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch - oder gar nicht!

Die aktuelle Krise der westlichen Industriegesellschaft ist auch in Brandenburg unter anderem charakterisiert durch die Erosion ihres solidarischen Zusammenhalts, ihres sozialen Gefüges. Immer mehr Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder gar darüber hinaus. Die Folgen der aktuellen Politik sind schwerwiegender, als das Fehlen finanzieller Absicherung des Alltags für immer mehr Menschen und die damit verbundenen persönlichen Zukunftsängste. Und sie gehen weit über die Summe der Einzelschicksale hinaus: Wo Chancen für ein selbst bestimmtes Leben gering sind, wird die Aufforderung zu demokratischer Verantwortungsübernahme für die Zu-

¹ Die Konferenz ist ein Gemeinschaftsprojekt der AG Umwelt, des Landesvorstands und der Landtagsfraktion.

kunft der Gesellschaft oft als Farce empfunden. Eine Entfremdung der Menschen von der Gesellschaft, in der sie leben, ist gleichzeitig eine Bedrohung für diese Gesellschaft. Das derzeitige Maß an Politikverdrossenheit bedroht die Demokratie. Dabei gilt gerade: Wo Regierende die Alternativlosigkeit ihrer Politik proklamieren, ist die gemeinsame Suche nach zukunftsfähigen Alternativen wichtiger denn je. „Eine andere Welt ist möglich“ darf keine leere Symbolik sein, sondern muss gelebt werden und erlebbar sein!

Dazu werden überzeugende, realistische Ideen gebraucht und eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der politische Einmischung und demokratische Debatte nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich gewollt ist. Es geht nicht darum, eine falsche Politik besser zu erklären, sondern sie zu ändern. Dabei geraten zurzeit nicht nur die sozialen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen wieder zunehmend unter die Räder kurzfristiger kapitalistischer Markt- und Verwertungslogik. Soziale und ökologische Interessen der Menschen werden im Schatten vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge gegeneinander ausgespielt. Verlierer auf diesem Weg sind nicht nur die, die heute leben, sondern auch kommende Generationen. Uns demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten geht es darum, gemeinsam mit Gleichgesinnten und Bündnispartnern für eine zukunftsfähige Politik zu streiten. Dazu gehört auch eine neue öffentliche Debatte zu den Grundwerten dieser Gesellschaft: was wollen, was müssen und was können wir uns leisten, um heute und in Zukunft friedlich, selbst bestimmt und demokratisch miteinander leben zu können? Das schließt Fragen einer gerechten Beteiligung an der Finanzierung der Gesellschaft und gerechten Verteilungsverhältnissen ebenso ein wie einen sorgsam Umgang mit natürlichen Ressourcen und einer umwelt-schonenden Lebensweise.

Für die PDS bedeutet dabei Nachhaltigkeit, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales gemeinsam gedacht werden – und nicht nur in den Dimensionen des eigenen Alltags, sondern auch in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen und ihrer zeitlichen und räumlichen Fernwirkungen. Denn noch nie war diese Aussage so wahr wie unter den Bedingungen der Globalisierung: Wir leben in „einer Welt“ - und wir haben nur diese eine. Der Umgang mit unserem natürlichen Lebensumfeld und den natürlichen Ressourcen wird darüber entscheiden, ob und wie die kommenden Generationen auf dieser Erde leben können. Der ökologische Umbau der Gesellschaft, wie auch die PDS ihn fordert, ist sozial und ökonomisch gestaltbar - und er ist dringender denn je. Das Erreichen

des „points of no return“ (Punkt jenseits dessen keine Rückkehr zum Ausgangspunkt mehr möglich ist) scheint bereits absehbar. „Allein in den vergangenen 50 Jahren haben die Menschen der Umwelt so großen Schaden zugefügt, dass die Existenz zukünftiger Generationen gefährdet ist . . . Die sinkende Leistungskraft von Ökosystemen wird vermutlich dazu führen, dass die internationalen Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) nicht erreicht werden, schreibt das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) ...“². Es muss gehandelt werden, bevor es endgültig zu spät ist.

I. Für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft als Alternative zur neoliberalen Politik - Die globalen Beschlüsse (Rio, Johannesburg und AGENDA 21)

Die Forderung nach einem ökologischen Umbau der Gesellschaft ist die zwingende Schlussfolgerung aus der Erkenntnis, dass sich die menschliche Gesellschaft als abhängigen Teil der Natur versteht: wir sind Gäste auf dieser Erde und sollten uns so verhalten. Seit mehreren Jahrzehnten weist die Wissenschaft auf die Grenzen und Zukunftsrisiken wirtschaftlichen Wachstums hin³. In hartnäckiger internationaler Diskussion wurden entsprechende Beschlüsse auf den UN-Konferenzen 1992 in Rio und 10 Jahre später in Johannesburg gefasst. Es wurden 3 Hauptspannungsfelder zwischen der menschlichen Gesellschaft und ihres natürlichen Lebensumfeldes beschrieben: Klimawandel, Land- und Forstwirtschaft einschließlich biologischer Vielfalt (u. a. Artensterben) sowie geologische und geophysikalische Spuren der Handlungen von Menschen (Ressourcenraubbau, Umweltverschmutzung).

Die Umsetzungsstrategien für die entsprechenden Konventionen sind in der AGENDA 21 beschrieben, die ausdrücklich auf die Stärkung der Rolle wichtiger gesellschaftlicher Akteure hin orientiert: Frauen, Kinder und Jugend, Initiativen in den Kommunen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGO).

² Zukunft in Gefahr <http://focus.nsn.de/hps/fol/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=13060> vom 31. März 2005

³ Bücher: „Die Grenzen des Wachstums. Club of Rome. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“ (Dennis L. Meadows, Donella H. Meadows, Erich. Zahn, 1983, Rowohlt Taschenbuch-Verlag, ISBN 3499168251) und „Die neuen Grenzen des Wachstums“ (Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Joergen Randers, 1994, DVA, ISBN 3421066264)

Die Sicherung der demokratischen Mitwirkung ist ein zentrales Anliegen dieses Prozesses. Für die regionale Ebene wurden LOKALE AGENDEN 21 angeregt. Sehr oft war und ist kräftiger Druck in und außerhalb der Parlamente nötig, um das zu erreichen oder Erreichtes am Leben zu halten. Weltweit sind erst wenige hundert entstanden, davon die meisten in Europa. Nach anfänglichem Optimismus und Zuversicht droht diese wichtige Entwicklung derzeit ins Stocken zu geraten. Auch auf internationaler Ebene. 10 Jahre nach Rio wurden auf der UN-Konferenz von Johannesburg die Beschlüsse von 1992 zwar bestätigt, aber gleichzeitig festgestellt, dass sie nur sehr zögerlich in die Tat umgesetzt wurden. Im Gegenteil – ihnen entgegenstehende neoliberale Konzepte sind jetzt in vielen Teilen der Erde herrschende Politik. Mit schwerwiegenden Folgen für die sozialen und natürlichen Lebensverhältnisse der Menschen.

Seit Rio haben sich die von der menschlichen Gesellschaft in der Natur ausgelösten Veränderungsprozesse fortentwickelt – nach ihren eigenen, objektiven Gesetzen und weitgehend unabhängig vom Willen der Menschen. Das gilt sowohl für das Klima als auch für das Artensterben und anderes mehr. Die Veränderungen scheinen auf vielen Gebieten rasanter zu sein, als bislang prognostiziert. Sie sind zwar nicht nur durch den Menschen verursacht, aber Menschen sind für diese Entwicklung mitverantwortlich.

Forderungen zu einem ökologischen Umbau der Gesellschaft sind nicht neu und Lippenbekenntnisse der verantwortlichen Politik in Bergen von Akten zu besichtigen – allein es fehlt der Wille, diese Probleme endlich ernst zu nehmen und Lösungsvorschläge auch umzusetzen. Dabei gilt: „Klimaschutz kostet Geld – ohne ihn wird es noch teurer.“⁴

II. Die PDS hat programmatische Antworten auf die Zukunftsherausforderungen

Die PDS sagt auch in diesem Kontext: Politik ist nie alternativlos. Das muss unsere eigenen politischen Vorstellungen einschließen. Unsere Überlegungen zu nachhaltigen Entwicklungskonzepten sind ein ausdrückliches Diskussionsangebot an alle Interessierten, an Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Nachhaltigkeit als Einheit von sozialem, ökologischem und ökonomischem Handeln ist zentraler Inhalt sowohl des im Dezember 2003 be-

schlossenen Parteiprogramms der PDS als auch des Perspektivprogramms des Landesverbands Brandenburg bis 2020. Sozial auch im ökologischen Kontext schließt für uns ein, Konfliktlösungen durch Krieg und Gewalt abzulehnen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, körperliche und mentale Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden, ein selbst bestimmtes Leben durch Möglichkeiten des Erarbeitens des Lebensunterhaltes in Würde sowie Lebenschancen für alle durch für alle zugängliche Bildung zu sichern.

Mit diesen Überlegungen nehmen wir teil an einer breiten, öffentlichen Debatte zur Zukunft unserer Gesellschaft. In einem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung des DGB wurde bereits im Jahre 2000 nachgewiesen, dass mit nachhaltigen Entwicklungskonzepten die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht ansteigt, wie oft behauptet, sondern entscheidend gesenkt werden könnte. Dennoch wird die neoliberale Politik fortgesetzt, mit dem Ergebnis sich verstetigender Massenarbeitslosigkeit und wachsender Umweltzerstörung.

Die PDS weiß, dass sie allein gesellschaftliche Veränderungen nicht erreichen wird. Durch gemeinsames Agieren mit Interessierten und Gleichgesinnten aus Politik, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften müssen gesellschaftliche Mehrheiten nach links verschoben werden. Dazu muss auch die PDS ihre Bündnisfähigkeit und -bereitschaft beweisen.

III. Der Klimawandel als Beispiel für die Verknüpfung fataler sozialer und ökologischer Konsequenzen zukunftsfähiger Politik

Von den vielen bei der Rio-Konferenz behandelten Themen ist der Klimawandel in besonderer Weise als Beispiel dafür geeignet, die Eigendynamik von anthropogen (vom Menschen) ausgelösten Umweltveränderungsprozessen, sowie ihre gesellschaftlichen Ursachen und sozialen Folgen darzustellen. Unsere Fähigkeit, heute auf die aktuell messbaren und wahrscheinlich zu erwartenden Veränderungen angemessen zu reagieren, entscheidet über die Zukunft der kommenden Generationen. „Business as usual hätte schwerwiegende Folgen“⁵.

Es ist vermutlich im Universum eine absolute Ausnahme, dass ein Planet eine Atmosphäre hat, die menschliches Leben ermöglicht: eine

⁴ Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

⁵ Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

Atmosphäre, die warm genug ist, mit Luft zum Atmen und Wasser zum Trinken.

Die Experten sind sich unterdessen nahezu einig: Der Wandel der klimatischen Verhältnisse auf der Erde hin zu ungünstigeren Bedingungen hat bereits begonnen und zeigt in allen Teilen der Erde Wirkungen. Und sie sind sich auch darin weitgehend einig: Dieser Klimawandel ist hauptsächlich bedingt durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe (CO₂-Emissionen).

Zu den wahrnehmbaren Veränderungen werden regelmäßig Einschätzungsberichte einer UNO-Kommission (Intergovernmental Panel on Climate Change - IPCC) erarbeitet, in der sowohl Regierungsvertreter als auch Wissenschaftsexperten vertreten sind.

Im IPCC arbeiten 3 Gruppen zu folgenden Problemkreisen:

1. Das Klimasystem der Erde,
2. Auswirkungen, Anpassung und Verwundbarkeit,
3. Wege zur Milderung von Klimaänderungen.

Außerdem gab es 2 internationale UNO-Klimakonferenzen: 1979 und 1991⁶. Vom Januar bis März 2001 wurden bei internationalen Konferenzen, an denen Delegierte von über 100 Regierungen teilnahmen, die dritten Einschätzungsberichte des IPCC und die Zusammenfassungen für Politiker vorgelegt, diskutiert und gebilligt.⁷

⁶ An beiden Klimakonferenzen nahm Prof. Wolfgang Böhme teil und leitete für die 2. Klimakonferenz eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse des Weltklimaprogramms in den mehr als 10 Jahren zwischen der 1. und 2. Klimakonferenz zu beurteilen und die Weiterführung des Klimaprogramms zu begründen hatte.

⁷ In diesem IPCC-Bericht wird festgestellt (siehe Kommentar von Prof. W. Böhme zum 3. IPCC-Bericht 2001 vom 4.4.2000, mit Ergänzungen vom 13.9.2000): "Es ist keine Frage (mehr), ob sich das Erdklima ändern wird, sondern eher eine Frage, wie sehr, wie schnell und wo. Es ist unbestritten, dass die beiden letzten Dezennien die wärmsten des letzten Jahrhunderts, ja die wärmsten der letzten 1000 Jahre waren, dass der Meeresspiegel sich hebt und die Niederschlagsverhältnisse sich ändern und das arktische Seeeis dünner wird ... Die Klimamodelle verweisen auf ein Anwachsen der globalen mittleren Oberflächentemperatur um 1,5 bis 6 °C zwischen 1990 und 2100 (gegenüber einem maximalen Zuwachswert von 3,5 °C für den gleichen Zeitraum im 2. IPCC-Bericht von 1995, wobei die Landflächen, speziell in mittleren und höheren nördlichen Breiten, sich mehr erwärmen, als das globale Mittel). Die Modelle zeigen, dass, so wie die Erde sich erwärmt, aride und semiaride Landgebiete in Südafrika, dem Mittleren Osten, von Südeuropa und Australien noch größeren Wassermangel aufweisen werden als schon heute, ... dass ... zig Millionen Menschen in den kleinen Inselstaaten und niedrig liegenden Deltagebieten vertrieben werden und dass die Struktur und das Funktionieren von kritischen Ökosystemen, speziell von Korallenriffen und Forstgebieten, sich ändern werden, wobei Güter und Dienstleistungsfunktionen, die für eine nachhaltige Entwicklung lebenswichtig sind, beeinträchtigt werden. Die

Angesichts der in diesem Bericht beschriebenen Entwicklung wird es für dringend erforderlich gehalten,

- a. diesen Klimawandel nicht weiter zu forcieren (d. h. die CO₂-Emissionen zu verringern) und
- b. sich an den bereits vorhandenen Klimawandel anzupassen (Anpassungsstrategien)

Auch dazu liegen Empfehlungen vom IPCC vor⁸. Für verschiedene Vorhersageszenarien werden mögliche Handlungslinien beschrieben, bei denen folgende Einflussfaktoren berücksichtigt werden müssen:

- Die Bevölkerungsentwicklung,
- Anwachsene kulturelle und soziale Wechselwirkungen mit einer wesentlichen Reduktion der regionalen Differenzen im pro Kopf Einkommen,
- Die ökonomische Entwicklung (insbesondere das Energieerzeugungssystem aufgrund der besonderen Klimawirksamkeit),
- Das Tempo bei der Einführung neuer Technologien (d. h. die Entwicklung der Produktivkräfte).

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass bei Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftsweise (insbesondere bei unveränderter Nutzung fossiler Energiequellen) und einem Anstieg der Bevölkerung bis Mitte des 21. Jahrhunderts mit anschließendem Rückgang eine weitere Erwärmung der Atmosphäre mit stark steigender Tendenz bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu erwarten ist (Szenario 1).

Bei gleicher Bevölkerungsentwicklung (Anstieg bis 2050, danach Rückgang) aber rascher Änderung der ökonomischen Strukturen (Dienstleistungs- und Informationsökonomie mit Reduktionen in der Materialintensität und Einführung von saubereren und ressourceneffizienten Technologien) würde sich eine deutlich geringere Temperaturerhöhung (< 2 °C) bis Ende des 21. Jahrhunderts erreichen lassen, die dann auch endet. Dieses Szenario 2 setzt auf globale Lösungen für ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit einschließlich verbesserter Gerechtigkeit. Diese Maßnahmen würden demnach nicht nur die Klimaveränderungen verlangsamen, sondern auch andere gesellschaftliche Probleme der Menschheit lösen. Es setzt jedoch global weitgehend einheitliches Handeln voraus, was bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen am Beginn des 21. Jahrhunderts wenig realistisch erscheint.

anthropogenen Klimaänderungen werden viele Jahrhunderte fortbestehen (auch wenn sofort alle Emissionen gestoppt würden)."

⁸ IPCC - Spezialbericht zu Szenarien und Zusammenfassungen für Politiker (siehe Anlage 1)

Mit lokalen Lösungsstrategien (Szenario 3), die auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit orientieren, ließe sich immerhin selbst bei einer ständig wachsenden Bevölkerung und einem geringeren, aber vielfältigeren technologischen Wandel (orientiert auf Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit die Erwärmung) immer noch auf um etwa 2,5 °C und nur ein mäßiges weiteres Wachstum nach dem Jahr 2100 begrenzen.

Alle vorgeschlagenen Handlungslinien unterstreichen die Notwendigkeit, den Klimawandel nicht als ein naturwissenschaftliches Phänomen zu betrachten, sondern seine gesellschaftlichen Ursachen und Folgen in die Lösungssuche einzubeziehen, d. h. nachhaltige Entwicklungskonzepte anzustreben und durchzusetzen. Diese wissenschaftlich fundierten Aussagen sollten Ermutigung für all jene sein, die sich im Sinne der AGENDA 21 für die vorrangige Orientierung auf lokale und regionale Nachhaltigkeit engagieren.

Welche Veränderungen zum Klimaschutz wurden bisher erreicht?

Obwohl bereits 1992 auf der Rio-Konferenz die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) verabschiedet wurde, sind erst mit dem Kyoto-Protokoll 1997 konkrete Maßnahmen zur Minderung des CO₂-Ausstoßes beschlossen worden. Und erst 2004 - nach 7 Jahren! - wurde das Kyoto-Protokoll von einer ausreichenden Anzahl Staaten ratifiziert, um es in Kraft treten zu lassen. Die politisch Verantwortlichen, aber auch die Gesellschaft insgesamt, haben sich das Klimaproblem viel zu langsam bewusst gemacht und sehr spät Maßnahmen beschlossen, die den Klimawandel zumindest verlangsamen. Das Kyoto-Protokoll ist dennoch nicht unwichtig. Es ist eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für eine dringend notwendige Trendwende: weg von fossilen Energien hin zu Energieeinsparung/Energieeffizienz und erneuerbare Energiegewinnung.

Das erreichte Tempo ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels vermutlich zu gering. Darauf hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) Ende 2003 in einem Sondergutachten⁹ reagiert. Er empfiehlt Maßnahmen zu treffen, um die Klimaänderung global auf eine Erwärmung von 2 °C bis 2100¹⁰ zu begrenzen.

Der begonnene Prozess des Klimawandels wurde zwar hauptsächlich durch den Men-

schen verursacht, aber er folgt, einmal ausgelöst, natürlichen Gesetzmäßigkeiten und ist nach Expertenauffassung in absehbarer Zeit nicht mehr rückgängig zu machen. Umso mehr sind wir zur Debatte und Entscheidung über Reaktionsoptionen gezwungen. Dazu gehören Anpassungsstrategien ebenso wie die verstärkte Förderung von Maßnahmen, die den Klimawandel verlangsamen.

IV. Umsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel sind dringender denn je

Die menschliche Gesellschaft muss sich an den bereits eingetretenen Klimawandel anpassen, um extrem negative Auswirkungen zu begrenzen. Dabei geht es weniger um eine spezielle Klimapolitik, sondern vor allem um die seit langem als notwendig erkannte Änderung der Wirtschafts- und Lebensweise hin zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung. Das kann nicht nur global geschehen, denn die dafür bedeutenden Faktoren (siehe These III) wirken regional unterschiedlich und stehen in Wechselwirkung zueinander (Klimafaktoren, Bevölkerung, Energiesystem und Produktivkräfte).

Dabei ist der Klimawandel nicht nur auf seine allmählichen, für den einzelnen Menschen nicht immer wahrnehmbaren Folgen reduziert, sondern zeigt sich z. B. auch in häufigeren und intensiveren Extremereignissen (mehr und heftigere Stürme, stärkere Niederschläge als Regen oder auch Schnee, aber auch extreme Trockenheit, siehe IPCC-Bericht 2001), deren Auswirkungen oft verheerend für die Betroffenen sind. Ihr Zusammenhang mit den Klimaveränderungsprozessen wird aber nicht immer wahrgenommen und richtig bewertet.

Auch für den Wasserkreislauf hat der Klimawandel teilweise dramatische Konsequenzen. Dabei ist die Verfügbarkeit von Wasser eine entscheidende Lebensgrundlage auf der Erde - für Flora und Fauna, als das wichtigste Lebensmittel für uns Menschen und zur Produktion von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern. Jedes Konzept für „Regionale Nachhaltigkeit“ muss also unter anderem die folgenden Einflussfaktoren berücksichtigen:

1. Die Temperatur, ihr Niveau und ihre Änderungstendenz,
2. Die Verfügbarkeit von Wasser und deren Änderungstendenz,
3. Die Bevölkerung, deren Dichte (d. h. Einwohnerzahl pro Fläche) und deren Entwicklungstendenz (z. B. nimmt in den europäischen Staaten die Bevölkerung ab,

⁹ „Über Kioto hinaus denken - Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert“ WBGU-Sondergutachten 2003

¹⁰ Bereits jetzt ist gegenüber der vorindustriellen Zeit eine Erwärmung um 0,6 °C nachgewiesen; es darf also bis 2100 nur noch eine Erwärmung um 1,4 °C zugelassen werden (WBGU-Sondergutachten 2003 S. 2)

während sie in Asien und Afrika in vielen Staaten zunimmt),

4. Das Energiesystem (wird vorwiegend fossile oder atomare oder erneuerbare Energie benutzt?) und der Trend zur notwendigen Energiewende. Dabei begünstigen erneuerbare Energien die regionale Entwicklung.
5. Stand der Produktivkräfte und deren Entwicklungstendenz (d. h. in wie weit die bisherige Produktionsweise unverändert fortgesetzt wird oder ob die „ökonomischen Strukturen in Richtung auf eine Dienstleistungs- und Informationsökonomie mit Reduktionen in der Materialintensität und mit der Einführung von sauberen und ressourceneffizienten Technologien“ verändert werden (siehe IPCC-Bericht).

Wie unterschiedlich diese Faktoren in verschiedenen Regionen der Erde wirken, wird beispielhaft an 2 Beispielen gezeigt: dem Einzugsgebiet des Nil (Anlage 2) und Tendenzen in Teilen des Einzugsgebietes der Elbe (Anlage 3).

Diese Beispiele zeigen, dass Anpassungsstrategien nicht global und allgemeingültig erarbeitet werden können, sondern nach genauer Analyse jeweils für die konkrete Region entwickelt und durchgesetzt werden müssen. Dabei ist eine Trendwende nicht nur für Extremereignisse und Katastrophen, sondern für das tägliche Wirtschaften objektiv notwendig. Dies setzt ein Umdenken in der Wirtschafts- und Lebensweise der Menschen voraus, das jedoch nicht von Oben verordnet werden kann. Es bedarf der demokratischen Mitwirkung und Gestaltung aller Betroffenen und Verantwortlichen. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen ist dafür insbesondere außerparlamentarischer Druck dringend notwendig (Agenda 21 als Prozess gesellschaftlichen Umdenkens). Die Suche nach Verbündeten in den Parlamenten und Regierungen ist dabei unabdingbar. Eine solche Adresse und verlässliche Partnerin für Nichtregierungsorganisationen will und muss die PDS in parlamentarischer Verantwortung sein.

V. Die Energiewende steht auf der Tagesordnung

Die Energiewende (ob global oder regional) ist von zentraler Bedeutung sowohl für den Klimaschutz und als auch für den ökologischen Umbau der Gesellschaft an sich: weg von fossilen Energiequellen und atomarer Energieerzeugung¹¹ hin zu Energieeinsparung, effizien-

¹¹ Atomenergie ist in der Klimapolitik wegen der erheblichen Risiken - man denke an Tschernobyl - und wegen

terer Nutzung und Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die absehbare Endlichkeit fossiler Energiequellen erzwingt diese Energiewende ohnehin. Ihre zunehmende Verknappung birgt die Gefahr gewalttätiger Verteilungskämpfe. Da die ökonomischen Erschließungsbedingungen ungünstiger werden, wird der Preis für fossile Energieträger rasant in die Höhe getrieben, was bei der großen Abhängigkeit der Industrieländer schwerwiegende Folgen hat. Die Energiewende ist also auch ökonomisch zwingend. Zudem wird in der Bundesrepublik ab 2010 mit einem erheblichen Bedarf an neuen Erzeugungskapazitäten gerechnet¹².

Das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) der Bundesregierung war also ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, weitere sind aber erforderlich. „100 % erneuerbare Energien bis 2050“ könnte der energiepolitische Standpunkt der PDS zu diesem Thema formuliert werden¹³. Das Bundesumweltamt ist da bescheidener und fordert bis 2050 50 %¹⁴.

Erneuerbare Energien haben für die Gesellschaft einen entscheidenden Vorteil: sie können regional erzeugt und genutzt werden (Dezentralisierung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs, Verringerung des Überleitungsaufwandes und -verlustes). Das ist nicht nur ökologischer, es bringt auch neue Arbeitsplätze und - bei Nutzung des Energiespeichers Pflanze - neue Erwerbsmöglichkeiten für Landwirte und Waldbesitzer („Die Ölscheichs von morgen“), gerade in wirtschaftlich oder natürlich benachteiligten Regionen. Gleichzeitig ist auch dies ein Spannungsfeld verschiedener Interessen. Windmühlen beispielsweise sind nicht an allen Windeignungsstandorten sinnvoll und in unbegrenzter Zahl und Höhe akzeptiert. Bei Entscheidungen zu Standort und Zahl muss die demokratische Mitbestimmung in den Regionen sowohl durch die Betroffenen als auch durch unabhängige Experten gesichert sein. Auch großflächige Monokulturen von Energiepflanzen müssen aus ökologischer Sicht abgelehnt werden, auch wenn die Nutzung dieser Pflanzen an sich zu befürworten ist.

der ungeklärten Endlagerung der für Jahrtausende strahlenden Abfälle kein Ausweg

¹² ... der auf 3 voneinander unabhängige Ursachen zurückzuführen ist: viele fossil befeuerte Kraftwerke werden bis 2020 das Ende ihrer Lebensdauer erreichen; die in Deutschland installierten Kernkraftwerke werden in gleicher Zeit hoffentlich weitgehend außer Betrieb genommen werden; der Strombedarf wird in Zukunft bei unveränderten Verbrauchsgewohnheiten weiter steigen (W. Methling, ND vom 8.11.04)

¹³ W. Methling, ND vom 8.11.04

¹⁴ Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

Die Entwicklung regionaler Konzeptionen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien unter Einbeziehung und demokratischer Mitbestimmung aller gesellschaftlichen Akteure, einschließlich der betroffenen Bevölkerung, hält die PDS für unerlässlich.

Eine Dezentralisierung der Energieerzeugung bleibt eine Machtfrage: Die wenigen Energieerzeuger-Konzerne, die aktuell den Markt mit konventionellen Technologien dominieren, wehren sich erbittert. Es muss trotzdem angestrebt werden, sie in den gesellschaftlichen Diskurs über die notwendige Energiewende einzubeziehen.

Die Nutzung solarer Energien ist eine zutiefst friedliche Alternative: sie sind überall vorhanden und bieten daher keinen Grund für gewalttätige Auseinandersetzungen oder Kriege.

Es müssen jedoch noch einige Probleme bis zu „100 % Nutzung erneuerbarer Energien“ gelöst werden. Hier haben Forscher und Entwickler ein weites, interessantes Betätigungsfeld (z. B. Verbesserung des Wirkungsgrads; Suche nach effizienten Speichermöglichkeiten, u. a. zum Ausgleich diskontinuierlicher Erzeugung; Verbesserung der ökologischen Gesamtbilanz). Ökologischer Strom muss auch zu sozial verträglichen Preisen abgegeben, noch besser auch erzeugt werden. Hier ist Forschungsförderung im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

Kerngedanke der Energiewende ist aber nicht nur eine technologische Änderung der Energieerzeugung, sondern auch eine möglichst sparsame Verwendung der erzeugten Energie. Das kann erreicht werden durch z. B.:

- Kraft-Wärme-Kopplung¹⁵ und
- Wärmedämmung in Wirtschafts- und Wohngebäuden (erhebliche Einsparung an Heizkosten).

VI. Die ökologisch sinnvolle Verkehrswende jetzt einleiten

Ein ökologisch besonders sensibler, aber sehr bedeutsamer Bereich des Energieverbrauchs (und via Straßenbau sowie direkt als Luftverschmutzer auch in Bezug auf das natürliche Lebensumfeld der Menschen) ist der Fahrzeugverkehr. „... noch bleibt der motorisierte Verkehr ... das Sorgenkind der Klimapolitik. Es (sind) zwar kleinere Einsparerfolge bei den einzelnen Fahrzeugen zu verzeichnen, gleichzeitig (nehmen) die CO₂-Emissionen mit dem

Wachstum der Verkehrsströme aber weiter zu.“¹⁶ Neben einer effizienteren Nutzung und der Verwendung alternativer Kraftstoffe wären mit einer Reduzierung des Individualverkehrs und einer stärkeren Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs (ÖPNV) erhebliche Energieeinsparungen möglich. Die gegenwärtig politisch Verantwortlichen tun genau das Gegenteil - sie schränken die realen Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV sowohl logistisch (Verfügbarkeit) als auch finanziell (Preisgestaltung) drastisch ein. Gleichzeitig wird insbesondere auf dem Arbeitsmarkt ein extremer Druck hin zu immer größerer individueller Mobilität ausgeübt. Daher sind gegenwärtig Forderungen nach einer wesentlichen Reduktion des Autoverkehrs ökologisch berechtigt, aber die Chance ihrer (insbesondere auch sozial gerechten und verträglichen) Umsetzung begrenzt. Dagegen ist eine deutliche Reduktion des Spritverbrauchs (je 100 km) technologisch längst machbar und überfällig. Auch die weitere Entwicklung alternativer, umweltgerechter Antriebsmittel - z. B. Biogas und Bioöle - muss gefördert und gefordert werden. Der Güterverkehr gehört dringend weg von der Straße auf Schiene oder, wo sinnvoll, auf die Wasserstrassen. Die Milliarden für die Verkehrsinfrastruktur (Straßenbau) müssen zugunsten nachhaltiger Mobilitäts- und Transportmodelle umverteilt werden. Eine ökologische Finanzreform¹⁷, die Abschaffung der Steuerfreiheit von Kerosin sowie eine effektive Subventionierung des ÖPNV sind logische politische Konsequenzen. Dabei sollten Erfahrungen zu regional angepassten Konzepten für eine flexible Organisation des ÖPNV analysiert und erfolgreiche Lösungsansätze weiter entwickelt werden.

Dem Mythos, dass mit dem Neubau von Straßen und Autobahnen automatisch ein Schleusentor für Wirtschaftsinvestitionen geöffnet wird, müssen nüchterne, langfristige und belastbare Analysen zum tatsächlichen regionalen Bedarf an Verkehrswegen entgegengesetzt werden. Das gilt auch für den Ausbau von Wasserstraßen. Eine objektive Abwägung zwischen Kosten, Nutzen und „Kollateralschäden“ verkehrspolitischer Entscheidungen ist aus Sicht der PDS zwingend erforderlich und sollte selbstverständlich sein.

Darüber hinaus unterstützt die PDS zur Verbesserung bzw. Erhaltung von Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung die Umsetzung bzw. Einhaltung der seit dem 01. Januar

¹⁵ Dabei wird die bei der Energieerzeugung produzierte Wärme zur Heizung in Produktion, Verwaltung und Haushalten benutzt und damit ein wesentlich höherer Wirkungsgrad der eingesetzten Primärenergie erreicht als bei der reinen Energieerzeugung.

¹⁶ Jörg Schindler, Beratungsunternehmen Ludwig-Bölkow-Systemtechnik, ND vom 12.02.05

¹⁷ siehe auch Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

2005 geltenden EU-Luftqualitätsrichtlinie, denn die Gewährleistung einer hohen Qualität unserer Atemluft gehört zu den elementaren Aufgaben des Schutzes der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen. Eine kurzfristige Maßnahme zur Reduzierung von Feinstaub ist die Ausstattung von Dieselfahrzeugen mit Rußfiltern und die Förderung von Fahrzeugen, die durch Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen, Erdgas und Wasserstoff betrieben werden können. Die PDS sieht jedoch die sozialen Grenzen der Erfüllung dieser ökologisch sinnvollen Maßnahmen. In Zeiten massiven Verlusts an Kaufkraft durch Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung prekärer Erverbsverhältnisse und Billiglohnbereiche ist der finanzielle Spielraum vieler Menschen dafür nicht gegeben. Auch hier sind ökologische und soziale Bedingungen in der Gesellschaft miteinander verknüpft.

Die Verkehrswende muss zudem eng verbunden mit Lärmschutz sein, denn der Verkehr, insbesondere der Luft- und Straßenverkehr, ist als eine der größten Quellen der Lärmverursachung auszumachen. Die Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juli 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm sollte umgehend in nationales Recht umgesetzt werden. Darüber hinaus ist die seit 4 Jahren von der Bundesregierung angestrebte Novellierung des Gesetzes zum Schutz vor Fluglärm längst überfällig. Die neuen Lärmgrenzwerte sollten sich an den gesundheitsorientierten Werten der Fluglärmstudie des Umweltbundesamtes¹⁸ orientieren. Wirksame Immissionsschutzgrenzwerte müssen so definiert sein, dass die Flughafenbetreiber aktiven Lärmschutz betreiben müssen. Zur Vermeidung von gesundheitsschädigendem Lärm sollten Nachtflugverbote geprüft werden.

VII. Mit sozialer und ökologischer Verantwortung den ländlichen Raum wirtschaftlich entwickeln

Die Agrarwirtschaft (Landwirtschaft, Gartenbau, Binnenfischerei und Ernährungsgewerbe) ist in Brandenburg das Rückgrat ländlicher Räume - bezüglich Wertschöpfung und regionaler Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit, aber auch als eine Mitgestalterin der Kulturlandschaft. Daher verknüpfen sich hier ökologische, ökonomische und soziale Interessen der Menschen in besonderer, sehr unmittelbarer Art und Weise miteinander. Es gilt es politische Rahmenbedingungen zu schaffen, in der die

Agrarwirtschaft ihre Potenzen entwickeln kann. Es ist ein Vorurteil, dass Umweltschutz und ökologische Nutzungskonzepte des natürlichen Lebensraums Jobvernichter wären - sie können im Gegenteil zum Motor des Arbeitsmarkts werden. Fachlich begründete Konzepte müssen dabei Grundlage politischer Entscheidungen sein. Die PDS unterstützt alle Initiativen, die der regionalen nachhaltigen Entwicklung dienen, wie den „Tag der Regionen“ und andere.

Um unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen Landwirtschaft ökonomisch, sozial und ökologisch gestalten zu können, müssen Benachteiligungen einzelner Unternehmensformen, Produktionsstandorte oder landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgeschlossen werden. Die PDS unterstützt den Anspruch der flächendeckenden Landbewirtschaftung, Maßnahmen zur nichtkommerziellen Nutzung und Pflege von Kulturlandschaftselementen eingeschlossen (soweit sie sinnvoll und gesellschaftlich gewollt sind). Der im Ergebnis der GAP-Reform (Gemeinsame Europäische Agrarpolitik) befürchteten Reduzierung der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf ein Minimum soll entgegengewirkt werden. Dazu müssen in weitaus stärkerem Maße auch nicht landwirtschaftliche Perspektiven für Wertschöpfung und Beschäftigung entwickelt und gestaltet werden. Dem Schutz der Umwelt und einer vielfältigen Kulturlandschaft, der Nutzung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien kommt dabei künftig eine besondere Rolle zu. Die Entscheidung über das anzustrebende sozial- und umweltverträgliche System der Agrarförderung stellt eine Kernfrage der Agrarpolitik dar. Die Agrarförderung ist auf die Entwicklung der multifunktionalen Landwirtschaft und der ländlichen Räume auszurichten. Kriterien sollen die Bewirtschaftungsintensität, die finanzielle Anerkennung der Natur-, Umweltschutz- und Landschaftspflegeleistungen der Landwirtschaft, die Begrenzung negativer Liberalisierungsfolgen auf ertragsschwachen und marktfernen Standorten, der Grad der Selbstversorgung und der Regionalisierung der Produktion sowie der Absatzmöglichkeiten sein.

Eine vielfältige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen in einer ökologisch sinnvoll gestalteten Kulturlandschaft ist wichtig – auch mit Blick auf die Attraktivität einer Region für Tourismus und Identität stiftende Wirkung für die regionale Bevölkerung – Aspekte, die die Motivation zum Schutz dieses natürlichen Umfelds verstärken können. Einer weiteren Zersiedelung und Zerschneidung der Landschaft muss entgegengewirkt werden. Die Einspeisung von Ausgleichsmaßnahmen in integrierte Projekte mit

¹⁸ Umweltbundesamt, 2000

ökologischem Gesamtkonzept ist aus Sicht der PDS nicht nur aus fachlichen Erwägungen sinnvoll, sondern auch, weil hier die Gedanken weg von Insel- und Refugiumsdenken und musealem Schutzgedanken hin zu einem Gesamtblick auf das natürliche Umfeld gefördert wird.

Aufgrund der klimatischen Verhältnisse in Brandenburg (Dürre, Überschwemmung) sind die Vorschläge zur Einkommensabsicherung bei gravierenden Ertragsausfällen in der Landwirtschaft auf der Basis einer durch EU, Bund, Land und Landwirten getragenen Mehrgefahrenabsicherung politisch zu unterstützen. Ebenso bedeutsam für Brandenburg und seine ländlichen Räume sind die Wälder. Mit einem Waldanteil von einem Drittel der Landesfläche ist die Forstwirtschaft der größte Flächennutzer nach der Landwirtschaft. Damit ist die Holzgewinnung und -verarbeitung ein auch traditionell wichtiges wirtschaftliches und soziales Standbein im ländlichen Raum. In der Forstpolitik sind weiterhin der Erhalt und der Ausbau der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der Wälder zu gewährleisten. Um die gegenwärtig ungenutzten Potentiale für Wertschöpfung und Beschäftigung zu erschließen ist eine alle Besitzarten umfassende Forstwirtschaftskonzeption erforderlich. Für die Sicherung einer nachhaltigen und großflächigen, einheitlichen Kleinprivatwaldbewirtschaftung und im Interesse der über 100.000 Eigentümer sind forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse unabdingbar. Die PDS Brandenburg besteht weiterhin auf ein Verkaufsmoratorium des Preußenwaldes und die Verankerung der Unveräußerlichkeit des Landeswaldes in der Landesverfassung.

Brandenburg verfügt über ein deutschlandweit einzigartiges Großschutzgebietssystem. Mehr als 40% der Landesfläche sind Schutzgebiete mit unterschiedlichem Status. Fließgewässer und Seen sind ein prägendes Element der Kulturlandschaft in Brandenburg. Ca. 10.000 Standgewässer und ca. 33.000 km Wasserläufe umfassen ca. 2,3% der Landesfläche. Sie verbinden verschiedene Landschaftselemente und bieten mit ihren unterschiedlichen gewässertypischen Strukturen nicht nur vielfältige Lebensräume für Fauna und Flora, sondern sind auch besondere Anziehungspunkte für Freizeit und Erholungssuchende. Millionen Bürger und Feriengäste - nicht nur aus Berlin - schätzen den hohen Erlebnis- und Erholungswert Brandenburgs und verbringen Freizeit und Urlaub bevorzugt in der naturnahen Kulturlandschaft. Im ländlichen Raum Brandenburgs liegen Chancen und Potentiale vor allem im naturverträglichen Ausbau des sprunghaft ansteigenden Rad- und Wassertourismus. Das

betrifft Radwanderwege, Fahrrad- und Bootsausleihstationen sowie Herbergen. Die Unternehmen können damit werben, in der Küche Produkte aus der Region zu verarbeiten, Bauernhöfe können mit Hofläden ein weiteres Standbein aufbauen, ein Hotel kann umweltschonend geführt werden und eine autofreie Anbindung ermöglichen. Nischen, in denen neue Märkte erschlossen werden können, bestehen in der besonderen Qualität von Kinder- und Jugendreisen, beim Urlaub auf dem Bauernhof und in besseren Reisebedingungen für Menschen mit Behinderungen. Darin sieht die PDS einen Weg für diese Branche in Brandenburg, ein spezielles eigenes Klientel zu erschließen und damit eine Chance, im Wettbewerb der Urlaubs- und Freizeitregionen zu bestehen und gleichzeitig ökologischer zu handeln, als bei Prestigeprojekten der bisherigen Landesregierung wie Lausitzring und Tropical Island. Die ökologisch sinnvolle Gestaltung und Pflege einer vielfältigen Kulturlandschaft ist Grundvoraussetzung für einen naturnahen Tourismus, der durch touristische Übernutzung ebenso konterkariert würde wie durch eine Entnutzungstendenz landwirtschaftlicher Flächen oder großflächige Monokulturen.

VIII. Wasser als natürliche Ressource der Menschheit in dieser einen Welt erhalten

Die Verfügbarkeit über natürliche Ressourcen wird durch die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Menschen leben, einerseits und die ökologischen Bedingungen ihres natürlichen Lebensumfelds andererseits bestimmt. Dabei gerät in jüngster Zeit das Wasser in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen steuert die Welt auf eine dramatische Wasserkrise zu. Der Verbrauch habe sich in den vergangenen 50 Jahren fast verdoppelt¹⁹. Die UN rief am 22. März, dem Weltwassertag 2005, die internationale Dekade „Wasser zum Leben“ 2005-2015 aus, um „das Bewusstsein für das nur begrenzt verfügbare Lebenselixier weltweit (zu) stärken“²⁰.

Das Beispiel der Verteilung des Wassers in der Nil-Region (siehe Anlage 2) zeigt, dass sich soziale Konflikte zunehmend auch durch die Veränderung der natürlichen Lebensbedingungen zuspitzen können. Die nächsten Krie-

¹⁹ „Vereinte Nationen warnen vor weltweiter Wasserkrise“ – *stern-online.de* (5. März 2003; <http://www.stern.de/wissenschaft/natur/504724.html?nv=cb>)

²⁰ „Kein Blut für Wasser“ – *stern-online.de* (21. März 2005; <http://www.stern.de/wissenschaft/natur/537968.html?nv=cb>)

ge werden vielleicht nicht mehr um Öl, sondern um Wasser geführt.

Probleme mit der Wasserversorgung können die schon heute große Armut in vielen so genannten Entwicklungsländern weiter verschärfen. Dieses Problem wird potenziert, weil wir Bewohner der immer noch reichen Industrieländer aus Afrika, Asien und Südamerika Baumwolle, Kaffee, Kakao, Tee und Südfrüchte beziehen, die dort auf Flächen angebaut werden, die angesichts der absehbaren Bevölkerungsentwicklung dringend für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht werden. Und: diese Kulturen brauchen oft mehr Wasser, als regionale Pflanzen, die der Ernährung dienen. Diese auf Export ausgerichteten landwirtschaftlichen Abhängigkeiten existieren seit der Eroberung der „Neuen Welt“ durch Kolumbus und ihre zunehmende Tendenz wird durch den sich globalisierenden Markt seit ca. 100 Jahren weiter verstärkt. Im Spannungsfeld zwischen

Erwerbsmöglichkeiten für die regionale Bevölkerung und durch sie verursachte Umweltschäden müssen Interessen zukunftsfähig, also sozial und ökologisch ausbalanciert werden. Interesse gleicher Chancen für alle Menschen ist eine friedliche Eine-Welt-Politik nötig, um die jetzt schon vorhandenen Probleme zu lösen und zusätzliche zu vermeiden. Nachhaltige, in der regionalen Bevölkerung verankerte Entwicklungskonzepte in allen Teilen der Erde sind aktive und direkte Armutsbekämpfung, die mehr zu Sicherheit und Frieden in dieser Welt beitragen kann, als jeder Krieg gegen den Terrorismus, der ohnehin unsinnig ist.

Eine Möglichkeit der Menschen in den modernen Industriegesellschaften, diesen strukturellen Kapitalismusfolgen in den so genannten Entwicklungsländern entgegen zu wirken, wäre der Verzicht auf „Kolonialwaren“ und die Nutzung saisonaler, regionaler Produkte - oder der Kauf von Produkten aus dem Fairen Handel, bei dem die Produzentin oder der Produzent so viel für seine Ware erhält, dass sie/er ihren/seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.

Auch in Brandenburg gibt es eine Fehlmenge im Landeswasserhaushalt. Das Defizit betrug 1990 13 km³, heute beträgt es immer noch 9 km³ und wird durch den Klimawandel (Extremtrockenheiten) verschärft. So muss das Land Brandenburg aus dem Freistaat Sachsen Wasser zu Lasten des ohnehin verschuldeten Landeshaushalts hinzukaufen. „Das politische Tabu im Umgang mit der Versteppung Brandenburgs ist ohne Zeitverzug zu brechen.“²¹ Dafür sind kurzfristig Maßnahmen zur Wasserrückhaltung in der Landschaft umzusetzen. Sinnvolle Wiedervernässungsprojekte wie im

Rhinluch sind zu fördern. Ein Moorschutzprogramm fordert die PDS Brandenburg seit vielen Jahren.

IX. Weltweite Bevölkerungszahl und –entwicklung als soziales und ökologisches Spannungsfeld

Bei den Anpassungsstrategien zum Klimawandel spielen Bevölkerungszahl und ihre Entwicklung eine entscheidende Rolle. Laut einer UNO-Studie von 2005 wird die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2050 um 40 % auf dann 9,1 Milliarden Menschen steigen. Dabei bleibt die Bevölkerungszahl in den Industrieländern im Wesentlichen unverändert; d.h. der gesamte Bevölkerungszuwachs ist in den so genannten Entwicklungsländern zu erwarten. Damit sind die Auswirkungen sowohl des Klimawandels als auch der Bevölkerungsentwicklung dort - wie am Beispiel des Nils gesehen - deutlich dramatischer als in den Industrieländern.

Es ist bekannt, dass die Bevölkerungsentwicklung wesentlich vom Verhältnis der Geschlechter zueinander bestimmt wird. Daher ist auch die Frage nach den Chancen der Frauen auf ein selbst bestimmtes Leben, auf Bildung und gesellschaftliche Anerkennung Teil eines Konzepts zur nachhaltigen Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Das gesellschaftliche Verhältnis zwischen den Geschlechtern entscheidet mit über ihre gemeinsamen Zukunftschancen.

In Europa sind rein formal gesetzlich Frauen den Männern gleichgestellt, in der gesellschaftlichen Realität sind jedoch deutliche und leider wieder zunehmende Defizite offensichtlich. Frauen werden zunehmend in die Defensive gedrängt und sind zuerst von Armut bedroht – direkt als Frau oder als Mutter. Die historisch gesehen am besten ausgebildete Frauengeneration der ehemaligen DDR trifft dieses Abrutschen auf der gesellschaftlichen Leiter besonders hart – sozial, emotional, politisch. Viele fühlen sich der strukturellen Benachteiligung in der derzeitigen Gesellschaft schutzlos ausgeliefert. Gleichzeitig wollen gerade sie keine Opfer sein. Die zunehmende Abwanderung junger, gut qualifizierter Frauen hat für die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs verheerende Folgen, aber die Landesregierung versucht allenfalls Anpassung an diese Entwicklung statt gegenzusteuern.

Der Zugang zu Bildung ist seit über 100 Jahren in Europa auch für Frauen garantiert. In Europa spielen Kinder als individuelle Alterssicherung keine Rolle mehr, weder politisch noch sozial. Damit hat sich in diesem Zeitraum in

²¹ Peter Meerheim, Libell, 27. Januar 2005

Europa der Bevölkerungszuwachs in einen Bevölkerungsrückgang gewandelt: Hatten um 1900 Familien noch bis zu 10 Kindern, so haben heute die Familien meist nur 1 oder 2, viele Paare gar keine Kinder.

Gleiche Bildungschancen für Mädchen und Jungen und ein soziales Sicherungssystem unabhängig von der Kinderzahl würden in den so genannten Entwicklungsländern einen großen Schritt bedeuten, das Bevölkerungswachstum der Erde besser zu steuern.

Die auf dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 beschlossene „Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für den Zeitraum von 2005-2014 verweist auf diesen Ansatz.

X. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

Zu der allgemeinen Feststellung, dass sich die Menschheit, will sie in einer sozialen, friedlichen Zukunft leben, auch in die naturgegebenen Bedingungen auf dem Planeten Erde einfügen muss, sind aus dem sich bereits vollziehenden Klimawandel einige konkrete Bedingungen für dieses „Einfügen in die Natur“ abgeleitet worden.

- *Global ist die Energiewende objektiv notwendig, wobei sie regional angepasst realisiert werden muss, um den weiteren Klimawandel zu bremsen.*
- *Bei der Ausarbeitung der Anpassungsstrategien an den Klimawandel sind die Wechselbeziehungen zwischen Temperaturbedingungen, Wasserverhältnissen und Bevölkerungsentwicklung regional ganz verschieden (These IV, Anlagen 2 und 3), so dass regional unterschiedliche Anpassungsstrategien objektiv nötig sind (wichtig für regionale Wirtschaftskreisläufe).*
- *Für die Bevölkerungsentwicklung sind die gleichen Chancen für beide Geschlechter ganz wesentlich; insbesondere für Bildung.*

Dabei haben diese Maßnahmen immer auch eine soziale Dimension - sowohl hinsichtlich der Folgen als auch hinsichtlich der politischen Handlungsstrategien.

Zur Bewältigung der Zukunftsprobleme dieser Welt ist eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zwingend erforderlich. Dass heißt so zu leben, dass auf der Erde natürliche Lebensbedingungen für die heutigen und die künftigen Generationen der Menschen erhalten bleiben. Dabei sind die ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen im gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten (Dreieck der Nachhaltigkeit). In diesem Dreieck sind die ökologischen Bedingungen die entscheidenden Rahmenbedingungen, in die sich

die menschliche Gesellschaft einfügen muss! Die sozialen und ökonomischen Bedingungen sind diesem Ziel entsprechend zu gestalten!

Damit stellt sich das demokratisch-sozialistische Politikkonzept der PDS deutlich einerseits dem neoliberalen Weg entgegen, der der ökonomischen Entwicklung absolute Priorität einräumt – koste es, was es wolle. Wir sind dagegen der Auffassung: die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Andererseits lehnen wir elitäre Umsetzungskonzepte für Nachhaltigkeit ab und anerkennen die Notwendigkeit und Verpflichtung, die sozialen Voraussetzungen zu schaffen, die den Menschen eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise ermöglicht. Das ist Aufgabe der Politik.

Aus den bisherigen Thesen II bis VII ergibt sich ein Gegenkonzept zur gegenwärtigen neoliberalen, globalen Wirtschaftslogik. Dieses Gegenkonzept läuft auf eine

- *globale Energiewende zur Energieeinsparung und zur Einführung erneuerbarer Energien und der allmählichen Abnahme der Nutzung fossiler Energien (und Abschaffung der Atomenergie und auf*
- *eine regional nachhaltige Entwicklung mit regionalen Wirtschaftskreisläufen hinaus.*

Die ökologische Wende liegt objektiv im Interesse der Menschen, weil sie selbst und ihre Nachkommen auf diesem Planeten leben möchten. Sie zu realisieren werden breite Bündnisse und ein kluges, interdisziplinäres Denken und Handeln gebraucht. Alternativen zur herrschenden Politik sind nicht nur möglich - sie sind auch dringend nötig. Nachhaltige Entwicklung ist keine Ressortangelegenheit des Umweltschutzes. Notwendig ist vielmehr ein Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen sowie politischen Ebenen und Verantwortlichen. All das wird sich nicht im Selbstlauf entwickeln, es ist viel mehr Druck aus der Gesellschaft, außerhalb und innerhalb der Parlamente nötig. Auch daran, ob nachhaltige Entwicklungskonzepte in dieser Gesellschaft eine Chance bekommen, wird sich die Demokratie messen lassen müssen.

In diesem Sinne ist für die PDS die Zusammenführung des politischen Handelns auf außerparlamentarischer und parlamentarischer Ebene unter Einbeziehung von über die derzeitige Gesellschaft hinaus gedachten Alternativen elementares Politikverständnis.

XI. Eine andere Bewertung der Arbeit

Eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft ist eng verbunden mit der Frage nach einer gerechten Gestaltung des

Lebens der heutigen Generationen nebeneinander auf der Erde und die Sicherung der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen künftiger Generationen. Dabei geht es nicht nur um die biologische Reproduktion der Art „Mensch“, sondern auch ihres sozialen Gefüges.

Wenn das Handeln der Menschen darauf ausgerichtet ist, sich selbst nicht nur als biologisches, sondern auch als soziales Wesen zu reproduzieren, müssen individuelle Bewertungen von Regelungen, Entscheidungen und ihren Auswirkungen durch eine gesamtgesellschaftliche Bilanz ergänzt werden. Nicht nur das, was dem Einzelnen nutzt oder schadet, ist Maßstab, sondern auch die Konsequenzen für alle. Eine solche gesamtgesellschaftliche Bilanz muss zukünftig auch bei der Neubewertung von „Arbeit“ eine wichtige und generelle Rolle spielen.

In diesem Sinne schafft Arbeit die Voraussetzungen dafür, den Stoffwechsel des Menschen mit der Natur zu gestalten, um die jetzigen und die kommenden Generationen von Menschen zu ernähren, zu kleiden, ihnen Wohnung zu geben, sie zu pflegen, gesund zu erhalten, zu bilden und auszubilden. Arbeit ist demnach auf mehr gerichtet als nur auf das Ziel, Wohnung, Nahrung und Kleidung zu produzieren. Die letztgenannte Arbeit wird in der Warenproduktion geleistet. Adelheid Biesecker²² nennt diese Arbeit Erwerbsarbeit.

Die darüber hinausgehende, im o. g. Sinne für heutige und künftige Generationen notwendige Arbeit, wird als Reproduktionsarbeit bezeichnet²³. Derzeit wird in der Regel nur die Erwerbsarbeit bezahlt, während z. B. Versorgungsarbeit, die meist von Frauen geleistet wird, in der Regel nicht bezahlt wird. Es gehört zu einem nachhaltigen Gesellschaftskonzept, Reproduktionsarbeit (Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und Gemeinwesenarbeit) gesellschaftlich deutlich höher zu bewerten. Grundlage dafür ist zunächst, dass sie als für die Gesellschaft erforderlich anerkannt wird und andere ökonomische Rahmenbedingungen als für die Erwerbsarbeit geschaffen werden. Dass bedeutet,

- anzuerkennen, dass ihre Behandlung nach den Gesetzen der Warenproduktion (Verwertungslogik) nicht sinnvoll ist;
- sie bezahlbar zu gestalten (z. B. „non profit sector“) oder einen

- „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ zu schaffen.

Wird gesellschaftlich notwendige Arbeit ohne Gewinnbestrebungen so bezahlt, dass eine Existenzsicherung und Sozialversicherungsanspruch begründet wird, ist sie ein besseres und würdigeres Konzept, als Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit über staatliche Almosen zu finanzieren.

Diese Überlegungen sind eine wesentliche Seite der sozialen Nachhaltigkeit! Im Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung des DGB²⁴ wurde nachgewiesen, dass mit einem nachhaltigen Entwicklungskonzept die Arbeitslosigkeit in Deutschland entscheidend gesenkt werden könnte. Obwohl dieses Konzept der rot/grünen Regierungskoalition in Deutschland bereits im Jahre 2000 vorgelegt wurde, wird es bis heute nicht umgesetzt.

Solange die Arbeitslosigkeit so hoch ist, müssen die Betroffenen auch zur Selbsthilfe greifen. Dazu gehören die Tauschringe, in denen die Mitglieder ihre Arbeit austauschen. Sie bieten die Möglichkeit, notwendige Dienstleistungen zu bekommen und zu geben, ohne Geld ausgeben zu müssen. Dabei werden die eigenen Fähigkeiten trainiert und die Gemeinschaft gibt sozialen Halt und Unterstützung. Jetzt im Jahre 2005 gibt es in Deutschland bereits 264 Tauschringe, die miteinander vernetzt sind und regelmäßige Treffen mit Erfahrungsaustausch veranstalten. Diese Tauschringe sind selbst organisierte gesellschaftliche Nachhaltigkeit!

XII. Ein soziales Umsetzungskonzept für den ökologischen Umbau wird gebraucht

Ein zukunftsfähiges Umsetzungskonzept für den ökologischen Umbau der Gesellschaft muss für die PDS soziale und ökonomische Bedingungen mitdenken. Die natürlichen Lebensbedingungen der heute lebenden Menschen müssen und können verbessert und für die kommenden Generationen gesichert werden – weltweit, bundesweit und in Brandenburg.

Das ist auch unser Auftrag aus dem Parteiprogramm der PDS²⁵.

²² Adelheid Biesecker „Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit“ Bremen 1999, Studie im Rahmen des Forschungsprojektes „Arbeit und Ökologie“

²³ Biesecker unterscheidet dabei Versorgungsarbeit (z. B. für die Familie), Eigenarbeit (z. B. Malen in der Freizeit) und Gemeinwesenarbeit (z. B. gesellschaftliche Arbeit in Gremien wie Gewerkschaften u. a. m.).

²⁴ In diesem Verbundprojekt haben drei Institute zusammengearbeitet: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (WI).

²⁵ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 4, Ausgabe 2003 (www.sozialisten.de)

„In einer sozialistischen Gesellschaft, die wir anstreben, dienen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise dem Ziel, allen die Bedingungen eines selbst bestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, streben wir nach einer Veränderung des Typs von wirtschaftlichem Wachstum und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, der der Zerstörung der Umwelt Einhalt gebietet und den nachfolgenden Generationen eine bewohnbare Welt hinterlässt.“

Bereits im Jahr 2000(!) hat der Landesverband der PDS Brandenburg für unser Bundesland eine nachhaltige Entwicklung gefordert²⁶.

2004 wurde dem Parteitag in Blossin das Perspektivprogramm bis 2020 vorgelegt:

„Perspektive Brandenburg 2020. Ein neues Brandenburg: Ein Land der sozialen Gerechtigkeit - attraktiv, lebenswert, tolerant und welt-offen. Miteinander verändern.“²⁷

Damit haben wir unsere Ideen und Vorschläge für ein nachhaltiges Brandenburg zur öffentlichen Diskussion mit allen Interessierten, Mitstreiterinnen und Mitstreitern vorgelegt!

Auf der 5. Ökologischen Konferenz der PDS werden die folgenden Themen näher betrachtet:

- „Globalisierung und Regionalisierung - zwei Seiten einer Medaille“,
- „100 Prozent regenerativ bis 2050 - nur Vision oder reales Konzept?“,
- „Nachhaltige Energiewirtschaft in Brandenburg - Jobkiller oder Quelle zukunftsfähiger Beschäftigung?“,
- „Nachhaltiges Wirtschaften - Chance für Wertschöpfung im ländlichen Raum“,
- „Verkehrswende - sozial nötig und regional möglich“.

Anlage 1

Auszug aus „Information: Die neuesten Einschätzungsberichte des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zur Klimaänderung und Schlussfolgerungen der AGU“ (W. Böhme, 4.4.2001, ergänzte Fassung vom 13.9.2001)

Der IPCC- Spezialbericht (SRES) enthält umfassende Angaben über Emissionsszenarien und Handlungslinien, die mit diesen Szenarien verträglich sind. Diese Angaben sind auch in die Zusammenfassungen der Berichte der Arbeitsgruppen I und III für Politiker aufgenommen. Wir halten diese Handlungslinien und

Szenarien für die Bewältigung der Klimaproblematik für sehr bedeutend und führen sie nachfolgend an:

Es sind insgesamt 4 Handlungslinien- und Szenarienfamilien aufgeführt. (Von uns wurden die Aussagen über die Änderung der mittleren globalen Temperatur bis zum Jahre 2100 und die Stärke des Endwachstums der globalen Temperatur zu diesem Zeitpunkt aus Abbildungen aus diesem Bericht übernommen, wobei die Unsicherheit der Angabe der Erwärmung $\pm 50\%$ umfasst; ein starkes Endwachstum bedeutet, dass auch zu Beginn des nächsten Jahrhunderts eine deutliche weitere Verschärfung der Erwärmung auftreten würde):

A1. Die A1-Handlungslinien und Szenarienfamilie beschreibt eine zukünftige Welt mit sehr raschem ökonomischem Wachstum, einer globalen Bevölkerungszahl, die in der Mitte des 21. Jahrhunderts das Maximum erreicht und nachher abnimmt, und einer raschen Einführung neuer und effizienterer Technologien.

Grundannahmen sind: Konvergenz zwischen den Regionen, Aufbau von Kapazitäten und anwachsende kulturelle und soziale Wechselwirkungen mit einer wesentlichen Reduktion der regionalen Differenzen im pro Kopf Einkommen ... Es gibt (innerhalb A1) drei Gruppen von Szenarien mit unterschiedlichen Richtungen des technologischen Wandels im Energiesystem:

- A1F1: Intensive Nutzung fossiler Quellen (2100: $+4\text{ °C} \pm 50\%$ und starkes Endwachstum),
- A1T: Nicht fossile Quellen ($2,5\text{ °C}$, kein Endwachstum),
- A1B: Gemischte Nutzung ... unter der Annahme, dass ähnliche Verbesserungs-raten alle Energieversorgungs- und Endnutzungstechnologien betreffen ($2,9\text{ °C}$, mäßiges Endwachstum).

A2. Die A2-Handlungslinien- und Szenarienfamilie beschreibt eine sehr heterogene Welt: Grundannahme ist das Selbstvertrauen lokaler Identitäten und ihre Bewahrung. Die Fruchtbarkeitsverhältnisse konvergieren zwischen den Regionen sehr langsam, was zu einer kontinuierlich anwachsenden Bevölkerung führt. Die ökonomische Entwicklung ist vorrangig regional orientiert; das ökonomische Pro-Kopf-Wachstum und der technische Wandel ist mehr zersplittert und langsamer als bei anderen Handlungslinien ($3,8\text{ °C}$ und sehr starkes Endwachstum).

B1. Die B1-Handlungslinie- und Szenarienfamilie beschreibt eine konvergente Welt mit den gleichen Veränderungen der Po-

²⁶ Beschluss der 3. Tagung des 6. Parteitages, 25./26. März 2000 in Wittenberge S. 5

²⁷ www.pds-brandenburg.de

pulation wie unter A1, aber mit raschen Änderungen in den ökonomischen Strukturen in Richtung auf eine Dienstleistungs- und Informationsökonomie mit Reduktionen in der Materialintensität und mit der Einführung von sauberen und ressourceneffizienten Technologien. Nachdruck wird gelegt auf globale Lösungen in Richtung auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit einschließlich verbesserter Gerechtigkeit aber ohne zusätzliche Klimainitiativen (1,9 °C und fast kein Endwachs-tum).

- B2. Die B2-Handlungslinie und Szenarien-Familie beschreibt eine Welt, in der Nachdruck auf lokale Lösungen mit Richtung auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit gelegt wird. Es ist eine Welt mit ständig anwachsender globaler Bevölkerung, aber mit einer geringeren Rate als unter A2 und mit einem geringeren, aber vielfältigeren technologischen Wandel als bei den Handlungslinien B1 und A1. Da das Szenario auch auf Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit orientiert ist, konzentriert es sich auf lokale und regionale Ebenen (2,6 °C und mäßiges Endwachstum).

Wir kommen zu dem Schluss, dass mit unseren Vorstellungen zu Nachhaltigkeit, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit vorrangig die Handlungslinien- und Szenarien-Familie B2 verträglich ist. Zumindest sind die vom IPCC mit der Szenarien-Familie B2 verbundenen Aussagen ermutigend, den bisherigen Weg weiter zu verfolgen, globale Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 über vorrangige Orientierung auf lokale und regionale Nachhaltigkeit anzustreben ...

Anlage 2

Beispiel: Einzugsgebiet des Nil (Ilse Spahn)

- Der Nil ist mit 6800 km Lauflänge der längste Fluss der Erde. Sein Einzugsgebiet umfasst 10 % der Fläche Afrikas [H. J. Luhmann]. Zu den Anrainern gehören 10 afrikanische Staaten, insbesondere Äthiopien, Sudan und Ägypten.
- Der gesamte Zufluss des Nil stammt von den am Oberlauf liegenden Anrainern, insbesondere Äthiopien. Im 3000 km langen Unterlauf durch Sudan und Ägypten durchfließt der Nil Steppen und Wüsten ohne weiteren Zufluss. Außerdem ist der Wasserverlust durch Verdunstung sehr hoch, insbesondere durch die Dammbauwerke (Stauseen in Ägypten und Sudan).

- Der Abfluss aus dem äthiopischen Teil des Nil wird auf 100 Milliarden m³/Jahr bzw. 76,5 Milliarden m³/Jahr aufgrund unterschiedlicher Messreihen angegeben. Mit dem Nilabkommen von 1959 wurden 86 Milliarden m³/Jahr zwischen Ägypten und Sudan aufgeteilt, ohne die Interessen Äthiopiens zu beachten. Bisher deckt Äthiopien seinen Wasserbedarf durch die hohen Niederschläge (1.500 mm/Jahr), wobei auch nur eine geringe Verdunstung (600 mm/Jahr) auftritt. Da Äthiopien eine sehr hohe Bevölkerungszunahme erwartet, kann die Landwirtschaft nicht allein durch Niederschläge gesichert werden; künftig muss es auch Nilwasser entnehmen und Bewässerungslandwirtschaft betreiben.
- Wie stark das Bevölkerungswachstum ist, belegen folgende Zahlen [1, S. 241]: Heute, Anfang des 21. Jahrhunderts, leben in den 3 Ländern Ägypten, Äthiopien und Sudan 162 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 werden in diesem Gebiet schon 364 Millionen Menschen leben. Das sind 200 Millionen Menschen mehr als heute! Dabei ist das Bevölkerungswachstum in Äthiopien am höchsten, da fast die Hälfte der Bevölkerung dort heute jünger als 15 Jahre ist, während in Ägypten und Sudan nur etwa $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung sehr jung ist. Im einzelnen (Zahlen auf Millionen gerundet):

Jahr	2000	2050	Zuwachs 2000 - 2050
Ägypten	68	114	46
Sudan	31	64	33
Äthiopien	63	186	123
Summe	162	364	202

- Verschärft kann dieser Konflikt noch werden, da der Monsun durch den Klimawandel Störungen haben wird, so dass die hohen Niederschläge nicht mehr regelmäßig fallen.

Es wird also eine Neuaufteilung des Nilwassers unausweichlich, um im Einzugsgebiet des Nil mehr als doppelt soviel Menschen wie heute ernähren zu können.

Literatur:

H. J.-Luhmann „Die Verschärfung des Konflikts um die landwirtschaftliche Nutzung des Nilwassers“, S. 239-244 in Warnsignal Klima „Genug Wasser für alle?“ Wissenschaftliche Auswertungen, Hamburg 2005, ISBN-3-9809668-1

Anlage 3

Beispiel: Einige Aspekte zum Einzugsgebiet der Elbe

Im Einzugsgebiet der Elbe steht im Vergleich zu Deutschland insgesamt relativ wenig Wasser zur Verfügung, weil mit 630 mm/Jahr (Reihe 1961-1990) 150 mm/Jahr weniger Niederschlag fallen als im Durchschnitt in Deutschland; denn das Elbeeinzugsgebiet liegt schon im Übergangsbereich zwischen atlantischem und kontinental geprägtem Klima (Frank Wechsung 2004).

Vorteilhaft ist, dass das Flussgebiet der Elbe auf 600 km von 1.091 km Flusslänge nahezu unverbaut ist.

Am Mittellauf der Elbe zwischen Mulde- und Saalemündung befindet sich mit 117,4 km² das größte geschlossene Auenwaldgebiet Mitteleuropas. Auch im Spree-Havel-Gebiet gibt es noch große Feuchtgebiete z. B. den Spreewald.

Die Gestaltung des regionalen Wasserkreislaufes im Elbeeinzugsgebiet ist dennoch eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft; sind doch im letzten Jahrhundert erheblich Nachhaltigkeitsdefizite im Elbegebiet verursacht worden:

- Gewässerbelastungen mit Nähr- und Schadstoffen, abgebaut etwas durch die Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung Deutschlands.
- Der Bergbau in den sächsischen und Brandenburger Braunkohletagebauen stellt während des Abbaues und auch noch lange Jahre nach dessen Ende einen sehr starken Eingriff in den Wasserhaushalt dar.
- Viele Meliorationsmaßnahmen dienten der Trockenlegung von Feuchtgebieten im Interesse der Landwirtschaft. Sie beschleunigten den Abfluss des Niederschlagswassers, was bei der zunehmenden Trockenheit in vielen Teilen des Elbegebietes ungünstig ist.

Soweit einiges zum Ausgangszustand im Elbegebiet zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund sind die beginnenden Klimaänderungen zu bewältigen. Diese brachten bisher im Elbegebiet zunehmende Winterniederschläge, abnehmende Sommerniederschläge und eine Temperaturzunahme. Es wird mit einer weiteren Erwärmung bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts um 1,4 °K im Vergleich zum Zeitraum 1951-2000 gerechnet (Frank Wechsung 2004), was zu höherer Verdunstung und Versteppungstendenzen insbesondere im Sommerhalbjahr führen kann.

Dabei muss die Gesellschaft in der Lage sein, außer diesen allmählichen Änderungen des Klimas Extremereignisse wie das Elbehochwasser 2002 und die außerordentliche Trockenheit des Jahres 2003 mit möglichst geringen Schäden zu überstehen.

Zunächst einiges zum Elbehochwasser 2002: Bei Hochwasser im Hauptfluss, also der Elbe, gibt es Möglichkeiten der Vorhersage und auch der Vorsorge, indem man Überflutungsflächen nicht bebaut und sie nur eingeschränkt landwirtschaftlich nutzt.

Anders ist die Situation in kleinen Gebirgszuflüssen zu einem großen Fluss wie z. B. den linken Elbezuflüssen aus dem Osterzgebirge: Gottleuba, Müglitz, Rote und Wilde Weißeritz. Dort ist das Elbtal tief zwischen Osterzgebirge und Elbsandsteingebirge eingeschnitten, es bildet einen nach Norden offenen Trichter. Damit werden bei nördlichen Winden in der unteren Atmosphäre die Niederschlagsprozesse besonders verstärkt und der gefallene Niederschlag fließt bei den kurzen Lauflängen der Flüsse zwischen Erzgebirgskamm (etwa 900 m) und Mündung in die Elbe (weniger als 150 m) ab.

In den vergangenen Jahrhunderten traten dort immer wieder sehr starke Sommerhochwässer auf (1897, 1927, 1954, 1957 und 1958). So haben schon unsere Vorfahren in diesen Flüssen Talsperren gebaut, um in Trockenzeiten genug Trink- und Brauchwasser zu haben und um bei Hochwasser die Risiken zu mildern.

In den 60-ziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde im Auftrag des Hydrologischen Institutes der Technischen Universität Dresden (Prof. S. Dyck) diese Strategie des Hochwasseramanagements mit Talsperren mit einer Reihe von Forschungsarbeiten überprüft. So wurden 143 Niederschlagssituationen in diesem Gebiet zwischen 1946 und 1966 untersucht; die dazu gehörenden Gebietsniederschläge (Dauer mehr als ein Tag) erreichten Werte von maximal 200 mm (I. Spahn 1969).

Im August 2002 wurden im gleichen Gebiet am Kamm des Osterzgebirges an der Station Zinnwald-Georgenfeld folgende Niederschläge gemessen: am 12.08. 312 mm und in der Zeit vom 11.-13.08.02 406,2 mm. G. Malitz vom Deutschen Wetterdienst (DWD) stellt dazu fest, dass dieser Wert von 312 mm Niederschlag der größte Tageswert der Niederschlagshöhe ist, der seit Beginn der routinemäßigen Messungen in Deutschland registriert wurde (G. Malitz 2002). Das ist also eine andere Größenordnung als in den früheren Jahrzehnten!

Solche Ereignisse kann man nicht langfristig vorhersagen. Die Risikovorsorge mit dem Talsperrenbau und deren abgestimmten Mana-

gement zwischen meteorologischen und hydrologischen Institutionen bleibt bei den kleinen Gebirgsflüssen eine richtige Strategie.

Die Gesellschaft muss sich angesichts des beginnenden Klimawandels mit den Hochwasserrisiken auseinandersetzen. Eine interdisziplinär erarbeitete Studie kommt zu dem Schluss, „dass weder bei der Hochwasservorsorge noch bei der Bewältigung von Hochwasserkatastrophen in Deutschland das erforderliche Maß an Kooperation, Kommunikation und Führung vorhanden ist. Bei beiden mangelt es an ausreichendem Zusammenwirken über Fach- und Raumgrenzen sowie insbesondere über Bundesländergrenzen hinweg.“ (U. Grünwald 2003)

Hochwasserereignisse sind schlimm, richten große Schäden in Natur und Gesellschaft an. Schlimmer jedoch sind die entgegengesetzten Ereignisse: große, lang anhaltende Trockenheit wie z. B. im Jahre 2003.

Das gilt im Elbegebiet vor allem für dessen Teile, die in Brandenburg liegen, denn Brandenburg gehört mit Jahresniederschlägen von unter 600 mm zu den trockensten Regionen in Deutschland (im Nordosten sogar noch unter 500 mm im Jahr Niederschlag). Hinzu kommt noch der Sandboden in vielen Teilen Brandenburgs. Bei diesen Ausgangsbedingungen wirkt sich eine so extreme Trockenheit wie im Sommer 2003 besonders stark aus. Die Schäden in Form von Ernteaufschlägen, Wassermangel und gesundheitlichen Schäden (Erhöhung der Zahl der Sterbefälle) sind insgesamt höher als bei Hochwässern wie das von 2002.

Insgesamt ist es also notwendig, die Einschätzungen, die in der „Studie zur klimatischen Entwicklung im Land Brandenburg bis 2055“ vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) getroffen worden sind, ernst zu nehmen und in Handlungen umzusetzen (Manfred Stock 2003):

„Innerhalb der nächsten 50 Jahre sind bei einem moderatem Temperaturanstieg von 1,4 °K in Brandenburg folgende Klimaänderungen im Vergleich zur aktuellen Situation zu erwarten:

- Niederschlagsrückgang um 2050. Jahressumme unter 450 mm im Nordosten und im Süden Brandenburgs sogar unter 400 mm ... Die Sommerniederschläge nehmen weiter deutlich ab.
- Aber mit einer Zunahme von Starkregenereignissen ist zu rechnen ... Zunahme der Sonnenscheindauer ...
- Abnahme der Bewölkung ...

Auswirkungen auf Wasserhaushalt und Vegetation: Der Landschaftswasserhaushalt in Brandenburg ist geprägt durch niedrige jährli-

che Niederschlagssummen ..., so dass das geringe Wasserdargebot während des Sommerhalbjahres der limitierende Faktor für das Wachstum der natürlichen Vegetation und der Nutzpflanzen ist. Gleichzeitig ist der Wasserverbrauch durch Industrie, Haushalte, Tourismus und Landwirtschaft gemessen am Wasserdargebot sehr hoch, so dass es zu Nutzungskonflikten z. B. zwischen Wasserwirtschaft und Naturschutz kommen kann ...“

Betrachtet man die in dieser Studie untersuchten Auswirkungen eines eher als „konservativ“ zu bezeichnenden Klimaänderungsszenarios, so wird deutlich, dass sich diese Konflikte zukünftig eher noch verstärken können. Für den Zeitraum 2040-2050 ändert sich bedingt durch niedrigere Niederschläge und höhere Temperaturen

- die Evaporation um -13 %,
- die Grundwasserneubildung um -42 %
- und der Gesamtabfluss um -24 % gegenüber den jetzigen Werten.

Wenn man bedenkt, dass schon heute z. B. zwischen dem Bergbau und dessen Folgen, sowie dem Wasserbedarf im Spreewald und dem großen Wasserbedarf für Industrie und Bevölkerung in und um Berlin in Trockenzeiten Konflikte entstehen, so werden sich diese verstärken.

Diese wenigen Beispiele aus dem Einzugsgebiet der Elbe zeigen: Bei der Anpassung an die Klimaauswirkungen ist unser Umgang mit den Wasserressourcen von entscheidender Bedeutung. Das gilt schon heute und erst recht in der Zukunft.

Literatur:

Frank Wechsung „Herausforderungen des globalen Wandels für das Elbegebiet, Forschungsschwerpunkte und der Integrative Methodische Ansatz (IMA) von Glowa-Elbe“ in Globaler Wandel (Glowa) des Wasserhaushaltes im Elbeeinzugsgebiet, Glowa-Elbe, Abschlusskonferenz in Potsdam 15.-16.03.04

I.Spahn „Methoden zur Auswahl und Meteorologischen Analyse sommerlicher Hochwassersituationen im Mittelgebirge“ Dissertation Karl Marx Universität Leipzig 1969

G. Malitz DWD Zum Starkniederschlagsgeschehen im August 2002 In: Mitteilungen der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft(DMG)/3/2002

U. Grünwald „Hochwasservorsorge in Deutschland - Lernen aus der Katastrophe im Elbegebiet 2002“ Hydrobrief Nr. 22 Dezember 2003

Manfred Stock in öffentliche Anhörung im Landtag Brandenburg am 19.02.03

Wahlalternative für Umweltpolitik?

Roland Schnell

Mit dem Wahlerfolg der im Januar gegründeten Partei „Wahlinitiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ bei der Wahl zum Landtag in Nordrhein-Westfalen ist wieder Bewegung in die politische Landschaft gekommen. Noch vor kurzem hat Georg Fülberth dieser Partei in einem Kommentar in der Tageszeitung „junge welt“ für die Bundestagswahl 2006 nur ein Wahlergebnis von wenigen Promille zugestanden, das aber ausreichen würde, der PDS den Wiedereinzug in den Bundestag zu verbauen. Inzwischen haben sich zahlreiche unabhängige Linke für ein Zusammenwirken von WASG und PDS bei einer vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag ausgesprochen.

Vermutlich werden dabei die Themen „Soziale Gerechtigkeit“ und Wirtschaftspolitik im Vordergrund stehen und Umweltpolitik wird nur am Rande berührt werden. Doch können die Verhandlungen auch genutzt werden, um umweltpolitische Aspekte in das Bündnis einfließen zu lassen. Sollte die Variante einer neu zu gründenden Wahlpartei gewählt werden, könnte ein Zeichen gesetzt werden, indem sich bekannte Persönlichkeiten mit ausgewiesener umweltpolitischer Kompetenz als Gründungsmitglieder beteiligen oder als Kandidaten aufstellen lassen.

Es ist aber im Vorfeld zu prüfen, inwieweit die WASG im Bereich der Umweltpolitik mit der PDS kompatibel ist oder gar weitergehende Vorstellungen formuliert hat. Als Grundlage dafür kann zum einen das Gründungsprogramm in der am 22. Januar 2005 beschlossenen Fassung dienen, aber auch das Wahlprogramm der WASG für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt eine Broschüre, die auf dem Titelblatt als 7. Punkt von acht die Forderungen :

„Natürliche Lebensgrundlagen bewahren, eine gerechte Weltwirtschaft, Europa demokratisch und sozial gestalten“ aufführt und auf einer Doppelseite näher ausführt.

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Wir wollen, dass auch unsere Kindeskiner noch eine gesunde natürliche Umwelt vorfinden. Doch die kapitalistische Wirtschaft ist nicht nur den Menschen, sondern auch der Natur gegenüber rücksichtslos. Besonders drastisch zeigt sich das in den ärmeren Ländern der Erde.

Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahrzehnten drastisch vermindern. Die Wirtschaft der Zukunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen. Atomenergie ist unverantwortlich.

Wir wollen mit öffentlichen und privaten Investitionen den ökologischen Umbau voranbringen. Mit ökologischen Steuern wollen wir Anreize setzen.

Damit schaffen wir zugleich mehr Beschäftigung. Wir wollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen und den öffentlichen Personenverkehr stärken – nicht nur auf Hauptstrecken, sondern auch in der Fläche.

Wir wollen den Verbraucherschutz und die ökologische Landwirtschaft sowie den Tierschutz stärken.

Genmanipulierte Lebensmittel lehnen wir ab. Der Hunger in der Welt ist kein Problem zu geringer Möglichkeiten der Nahrungsproduktion, sondern eines der Verteilung.

Die Konzerne missbrauchen die Globalisierung und die billigeren Arbeitskräfte in ärmeren Ländern als Druckmittel, um weltweit Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dagegen wehren wir uns.

Wir wollen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Weltweit müssen soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.

Die Weltwirtschaft und besonders die Finanzmärkte müssen sozial geregelt werden. Wir setzen uns für eine Steuer auf Devisenspekulation (Tobin-Steuer) und für den Kampf gegen Steueroasen ein. Arme Länder müssen entschuldet

und die Entwicklungshilfe muss gemäß den Verpflichtungen der Vereinten Nationen erhöht werden.

Der Welthandel muss so reguliert werden, dass er den Menschen zugute kommt und nicht nur den internationalen Konzernen und dem Finanzkapital.

Wir lehnen die geplante Liberalisierung des Dienstleistungshandels durch das GATS-Abkommen und die EU-Dienstleistungsrichtlinie ab. Wir wollen Mitbestimmung der Beschäftigten auch in internationalen Konzernen.

Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa.

Ein Europa der Menschen statt ein Europa der Märkte!

Unter dem Mantel des Wettbewerbs und der Stabilität werden in der EU Privatisierung und

eine Politik zugunsten des Kapitals vorangetrieben. Das muss sich ändern. Vollbeschäftigung und soziale Rechte müssen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen bekommen. Wir fordern ein gemeinsames europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt.

Der Europäische Verfassungsentwurf schreibt eine kapitalorientierte, neoliberale Wirtschaftspolitik sowie weitere Aufrüstung fest. Wir lehnen ihn deswegen ab und fordern eine Volksabstimmung. Die EU muss grundlegend demokratisiert und das Europäische Parlament gestärkt werden.

Wir wollen Frieden und Abrüstung!

Wir wollen, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist. Wir lehnen die Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen „Krieg gegen den Terrorismus“ eingesetzt werden.

Wir wenden uns gegen jegliche Unterstützung von Kriegseinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo.

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und setzen uns für internationale Abkommen zur Abrüstung ein. Wir fordern ein weltweites Verbot des Einsatzes und der Produktion von Massenvernichtungswaffen.

Im eigentlichen **Wahlprogramm für die Landtagswahl** findet sich unter dem Punkt **2.2.8 Für nachhaltiges Wirtschaften/ Umweltschutz** eine Reihe konkreter Forderungen:

Gerade Nordrhein-Westfalen steht in Deutschland für ein Bundesland, in dem Umweltschutz in den 70-er Jahren ohne Schaden für die Wirtschaft umgesetzt wurde (Willy Brandt: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss blau werden!“). Allerdings war diese Vorbildfunktion nur auf die deutlich sichtbarsten Umweltschäden beschränkt und ist längst Geschichte.

Heute heißt das Leitbild Nachhaltigkeit, wie sie im Brundlandt-Report 1987 definiert wurde: Nachhaltig ist eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

In diesem Sinne treten wir für folgende umweltpolitischen Ziele ein:

- die konsequente Gegenüberstellung von Nutzen und Risiken bei Gewinnung und Nutzung fossiler Energieträger bereits vor der Genehmigung,
- eine direkte Förderung aller energiesparender Maßnahmen beim Bauen und bei den Energietechnologien,

- die Förderung von erneuerbaren Energieträgern wie Wind, Wasser, Sonne und Biomasse,
- eine aktivere Rolle des Landes für den Einsatz ökologisch sinnvoller und effizienter Energietechnologien wie der Kraft-Wärme-Kopplung,
- den Erhalt des öffentlichen Eigentums und der Mehrfachstimmrechte in öffentlichen Energieversorgungs-Unternehmen,
- die Fortführung des Ausstiegs aus der Atomenergie, (Bis ein bundesweites Endlager existiert, sind atomare Abfälle direkt beim Atomkraftwerk zwischenzulagern.)
- Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und der „Stadt der kurzen Wege“,
- den Rückbau von begrädigten und dadurch hochwassergefährdeten Flussbeteten,
- die Erhaltung ausgewiesener Naturschutzgebiete; hier werden Arbeitsplätze im Bereich der Naturpflege geschaffen,

Des Weiteren sind wir für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume durch eine gezielte Wirtschaftsförderung, die regionale Wirtschaftskreisläufe erhält.

Zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in der Landwirtschaft treten wir ein für:

- die Erhaltung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze und angemessene Entlohnung landwirtschaftlicher Arbeit,
- die Kopplung der Transferzahlungen an die Arbeitskraft, damit die Arbeit subventioniert wird und nicht der Besitz: Dadurch würde die Bevorzugung großer Betriebe unterbunden,
- die Förderung umweltgerechter Landwirtschaft zu Gunsten des Arten- und Landschaftsschutzes und der Erhaltung ländlicher Räume als Erholungsraum,
- die Zurückweisung des Griffs von Saatgut-Multis nach Rechten und Lizenzen am Erbgut von Jahrtausende alten Kulturpflanzen,
- ein Verbot der Patentierung von Lebewesen und Saatgut,
- die Schaffung gentechnikfreier Regionen.

Bei diesen Forderungen dürfte es wenig Dissens zu den Positionen, die zumindest innerhalb der „Ökologischen Plattform“ Konsens sind, geben.

Bereits im ersten Abschnitt, der die Überschrift **„Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten - Einführung eines solidarischen Steuersystems – Stärkung der öffentlichen Finanzen“** trägt, werden ökologische Aspekte berücksichtigt. so heißt es:

„Um unsere Wirtschaft auf einen ökologisch gelenkten, sozial ausgerichteten und Arbeit

schaffenden Wachstumspfad zu bringen, treten wir ein für:

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1 % des Vermögens/Freibetrag 500 000 Euro)

und andere Maßnahmen, aber auch für die

- „die Umgestaltung der ökologischen/sozialen Lenkungssteuern mit dem Ziel, die Kaufkraft in der Bevölkerung zu erhöhen und damit die Binnennachfrage zu stärken“.

Bemerkenswert ist, dass die WASG in NRW sogar die alte PDS-Forderung nach einem „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ aufgreift, mit der wohlbekannten Absicht: „Hier sollen neue Arbeitsplätze u. a. in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen entstehen, die über Marktmechanismen nicht hinreichend erschlossen werden und daher öffentlich finanziert werden sollen“.

Natürlich sind viele Themen nicht oder unzureichend vertreten, so fehlt es an klaren Aussagen zum öffentlichen Verkehr, speziell zur Bahn und zum Luftverkehr.

Das Programm der WASG vom Januar 2005

Viele Aspekte finden sich in dem Programm der bundesweiten Partei, das 26 Seiten Text umfasst und in Abschnitte von A bis G gegliedert ist. Die Umweltpolitik im weitesten Sinne ist im Abschnitt F zwar erwartungsgemäß relativ weit hinten eingeordnet, aber bei einem Umfang von etwa 3 Seiten etwa gleichgewichtig mit den anderen Themen. Auf diese soll hier nur insoweit eingegangen werden, als umweltpolitische Aspekte berührt werden.

Der Abschnitt F trägt die Überschrift „Wirtschaft und Lebensweise ökologisch umbauen“ und beschäftigt sich im ersten Unterpunkt zunächst mit einer „Zukunftsfähigen Wirtschaft“. Die ASG geht davon aus, dass ein Wachstum, das Beschäftigung schafft, nicht notwendigerweise mit einem wachsenden Ausstoß an Schadstoffen oder einem wachsenden Verbrauch von nicht regenerierbaren Rohstoffen oder Energieträgern verbunden sein muss. Es sei möglich, wirtschaftliches Wachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen zu entkoppeln.

Uneingeschränkt recht geben muss man der WASG bei der Feststellung, dass die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise nicht zukunftsfähig sei. Konkret erwähnt wird dabei, dass der Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigt werden müsse und es wird verlangt, dass die Energieversorgung der Zukunft auf Sonnenenergie beruhen müsse. Vage bis fragwürdig ist die Forderung, dass dies durch

„internationale Kooperationsprojekte“ vorangetrieben würde, was Kriegen um Ressourcen die Basis entziehen würde. Ein Gedanke der übrigens im Abschnitt G über „Internationale Beziehungen“ weder aufgegriffen, noch weiter ausgeführt wird. Dort werden lediglich die üblichen und meist von ATTAC verbreiteten Forderungen aufgelistet, die keinen unmittelbaren Verweis auf Umweltprobleme enthalten.

Als Mittel, mit denen der „ökologische Umbau der Industriegesellschaft“ vorangebracht werden soll, führt die ASG eine „ökologische Steuerreform“ und ein „ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm“ an. Es dürfte ein Symptom für die schwache Verankerung von Umweltpolitik in der ASG sein, dass es als notwendig erachtet wurde, hier eine Erläuterung einzuflechten, warum eine „ökologische Steuerreform“ gerecht sei und mit dem „Zukunftsinvestitionsprogramm“ wird die Erwartung verknüpft, dass es den Wegfall von Arbeitsplätzen in weniger ökologischen Sektoren kompensieren könnte.

Der 2. Unterpunkt mit dem Untertitel „Umweltschutz verstärken“ beginnt mit Forderungen nach Technikfolgenabschätzung und Lebensweganalysen von Produkte. Beides ist vom Prinzip her längst gängige Praxis, aber genau deswegen nicht ausreichend. Der Glaube an eine neutrale Wissenschaft, die durch quasi „objektive“ Forschungsergebnisse überzeugende Argumente für den ökologischen Umbau beibringen würde, hat leider auch in der PDS viele Anhänger. Die Erfahrung hat aber gelehrt, dass unerwünschte Ergebnisse unterdrückt und fügsame Wissenschaftler herangezogen werden. Allein eine kritische Gegenöffentlichkeit kann erreichen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in die entsprechende politische Praxis umgesetzt werden.

Weder innovativ noch originell, weil es bereits die Politik der rot-grünen Bundesregierung ausmacht, sind die Forderung nach staatlicher Förderung für erneuerbare Energien und der Bereitstellung verschiedener Finanzierungsinstrumente. Bei der „sukzessiven Streichung ökologisch schädliche Subventionen“ wäre es hilfreich, wenn es durch Beispiele und den Zeitraum des Abbaus konkretisiert würde. Der Einfluss der Braunkohlelobby ist auch in der PDS noch immer spürbar.

Mit der Forderung nach Energieeinsparung und verstärkter Nutzung regenerativer Energien wird benannt, was längst Realität ist. Warum dies nun gerade durch „Wettbewerb“ befördert werden soll, bleibt ebenso ein Geheimnis der ASG, wie die Feststellung, dass es hierzulande eine nennenswerte politische Kraft gäbe, der nach einer „Vergesellschaftung der

Netze“ gelüftet. Hier bleibt die ASG den traditionellen Strukturen der Energiewirtschaft verhaftet, statt die Potenziale neuer Energietechnologien für eine dezentrale und selbstbestimmte Entwicklung als Alternative aufzugreifen.

Die Verkehrspolitik legt den Schwerpunkt auf den öffentlichen Verkehr, aber auch hier wieder ohne die Problematik zu benennen, dass kommunale oder staatliche Betriebe nicht notwendigerweise kundenfreundlicher sind, effizienter arbeiten und mehr Bereitschaft zu ökologisch wegweisenden Maßnahmen zeigen. Es gibt keinen Bezug auf die vom ehemaligen Verkehrsexperten der PDS ausgearbeitete faktenreiche und fundamentale Kritik an der Deutschen Bahn AG, etwa die mit dem Börsengang verbundene Zerschlagung von Strukturen, die Ausdünnung des Güterverkehrs und die Konzentration auf isolierte Hochgeschwindigkeitsverbindungen anstelle eines flächendeckenden Netzes.

Insbesondere fehlt jeglicher Hinweis auf die verheerenden Folgen des Autoverkehrs und die damit verbundene Automobilproduktion, während es bei bürgerlichen Parteien gerade zu guten Ton gehört zumindest über den Lärm zu jammern und die Schadstoffbelastung zu beklagen. Die Zusammenhänge zwischen dem autoindustriellen Komplex, der Zubetonierung von Landschaft, dem Verbrauch fossiler Ressourcen und den diversen Beeinträchtigung der Gesundheit werden schlicht ignoriert, während sie bei der PDS zumindest auf dem Papier angesprochen werden.

Die ASG muss aber schließlich eingestehen, dass es bei aller marktwirtschaftlicher Orientierung in der Umweltpolitik ohne Verbote nicht gehen wird und führt umweltschädliche Chemikalien und die Atomindustrie als Beispiele an. Nur muss man diese Verbote gegen eine mächtige Lobby der Industrie auch durchsetzen können.

Der dritte Abschnitt über die „Ökologisierung der Landwirtschaft und Tierschutz“ liest sich überaus sympathisch, führt aber im wesentlichen Prozesse auf, die bereits im Gange sind. Warum ausgerechnet die „marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne und Handelsketten“ in den Umbauprozess einbezogen werden sollen, wird nicht ausgeführt. Eigentlich sollte es das Ziel sein, deren Macht zu beschneiden. Sie zeichnen sich schließlich durch besonders prekäre Arbeitsbedingungen, die Behinderung von organisierter Vertreter von Arbeitnehmerinteressen und eine ökologisch fragwürdige Logistik aus. Es kann sie nicht entlasten, dass sie neuerdings Bioprodukte in die Regale stellen.

Angenehm klar sind die Absage an genmanipulierte Lebensmittel und die absolut richtige

Feststellung, dass das Problem des Hungers in der Welt nicht auf fehlende Lebensmittel, sondern auf falsche Verteilung zurückzuführen ist. Hingegen ist bei gewissen Politikern der PDS teilweise immer noch der Glaube verbreitet, man dürfe die Gentechnik aus Mitleid mit den Hungernden in Afrika nicht behindern. Allerdings tragen auch gerade die „marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne und Handelsketten“ die Verantwortung für Einführung der Gentechnik, was sie als Bündnispartner diskreditiert.

Die letzte Abschnitt über „natürliche Lebensräume für Tiere“ ist diffus und keinesfalls auf dem Stand der Diskussion. Konkrete Aussagen über Agrarpolitik und die Entwicklung des ländlichen Raums sind auch an anderer Stelle nicht zu finden. Aber Agrarpolitik galt für eine auf die Großindustrie fixierte Linke schon immer als vernachlässigbares Thema.

Im 4. Abschnitt „Verbraucherschutz verbessern“ findet sich die absolut richtige Feststellung, dass Verbraucherschutz an besten durch die Ökologisierung der Landwirtschaft und den Umbau der Industriegesellschaft gewährleistet wird.

Da dies noch einige Zeit dauern wird, müssen unabhängige Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen gestärkt werden und Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich sein. Völlig gegen den herrschenden Trend, diesen die Mittel zu kürzen und dem „freien Markt“ zu überlassen, fordert die ASG völlig zu recht, eine öffentliche Förderung von Verbraucherschutz und Produkttests. Dieser Aspekt ist in der Umweltpolitik der PDS bisher sträflich vernachlässigt worden.

Wer neue Produkte in Umlauf bringt, hat nach Meinung der ASG die Unschädlichkeit auf eigene Kosten nachzuweisen.

Zwischenbilanz

Der Abschnitt zur Umweltpolitik enthält eine Reihe guter Ansätze und unterstützenswerter konkreter Forderungen (Atom- und Gentechnik). Eindeutig ist die Orientierung auf regenerative Energien und sparsamen Umgang mit Ressourcen, bleibt jedoch angesichts jeden Hinweises auf den Autoverkehr oberflächlich und unkonkret. Beim Ressourcenverbrauch ist allerdings „keine Steigerung“ zuwenig, Belastungen und Ressourcenverbrauch müssen vermindert werden, da schon das derzeitige Niveau klimaschädlich ist und die Vorräte einiger Ressourcen nach Jahrzehnten bemessen werden.

Höchst fragwürdig ist die einseitige Orientierung der ASG auf die „ökologische Steuerre-

form“ als einem Konzept, das einst von Leuten ausgeheckt wurde, die Umweltprobleme nicht mehr leugnen konnten, aber ideologisch nur an einen mit der Marktwirtschaft konformen Regelungsmechanismus interessiert waren. Während dieses Konzept in Deutschland von den Grünen propagiert wurde, die von manchen noch als „linke Partei“ betrachtet werden, ist es in Österreich die konservative Volkspartei, die öffentlich dafür wirbt.

Andere Konzepte, etwa ein „ökologischer Sozialismus“, werden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert und es ist zu befürchten, dass auch bei der ASG die bewährten antikommunistischen Reflexe greifen, die Sozialismus mit verseuchten Flüssen, Raubbau an der Natur durch Braunkohletagebaue und flächendeckende Luftverschmutzung, wie man sie in der DDR kennengelernt hat, in Verbindung bringen. Das blendet aus, dass in anderen Teilen der Welt die Verbindung des Kampfes gegen den Kapitalismus und für die Umwelt unverkrampter gesehen wird. Regionale Versorgung und kollektive Arbeitsorganisation können sich zu einer produktiven Einheit verbinden. Mehr als die saftlose Formulierung „Die Stärkung des Genossenschafts- und Vereinswesens kann ein Mittel sein, die Unternehmervielfalt in der Gesellschaft auszuweiten“ hat die WASG dazu nicht den Programmentwurf einfließen lassen.

Wenn sich, zugegeben wenige, Hinweise auf umweltpolitisch relevante Themen in anderen Teilen des Programmentwurfs finden, sind teilweise im Detail fragwürdig. So wird gleich zu Beginn im Abschnitt „A. Wirtschafts- und Finanzpolitik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ Unterpunkt „1. In die Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung und Umwelt“ ausgeführt „Viele öffentliche Anlagen und Einrichtungen sind dringend erneuerungsbedürftig. Energieeinsparung und Umweltschutz müssen vorangetrieben werden, bessere Wärmedämmung öffentlicher und privater Gebäude ist nötig. Vorerorts muss die Kanalisation dringend saniert werden. Das Schienennetz und der Fahrzeugbestand der Bahn müssen ausgebaut werden, viele Straßen sind erneuerungsbedürftig.“

Sanierung der Kanalisation und Straßenbau sind aber die typischen Bereiche, an denen sich nicht nur die Bauwirtschaft eine goldene Nase verdient, sondern die auch ökologisch höchst bedenklich sind. Überdimensionierte Klärwerke und Kanalsysteme, Autobahnen für den Lkw-Transit und Umgehungsstraßen für die Erschließung von Gewerbegebieten in den neuen Bundesländern haben nur vor Augen geführt, was in den alten Bundesländern schon lange vorher üblich war. Sie verursachen nicht nur enorme Kosten für Kommunen und An-

wohner, sondern verhindern auch ökologische Innovationen. Für die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung könnte es ohne die „Rohrlegermafia“ auch in Deutschland längst die ressourcenschonenden, dezentralen Systeme geben, die mit großem Erfolg exportiert werden.

Nicht nur die Bahn, der gesamte öffentliche Verkehr braucht Fahrzeuge und Trassen, während bei Straßen eher ein Rückbau ins Auge zu fassen wäre. Solche Ideen, finden bei mittelalten und auf Mittelklassewagen fixierten Männern, die offensichtlich in der WASG, wie in der PDS den Ton angeben, geringen Anklang. Die Tatsache, dass Frauen ein völlig anderes Mobilitätsbedürfnis haben, das von den überwiegend männlichen Verkehrsplaner konsequent ignoriert wird, spiegelt sich im Programmentwurf nicht wieder. Nimmt man den Satz „Die Siedlungsstrukturen und unser Städtebau sind so auszurichten, dass vermeidbarer Verkehr reduziert wird“, so kann das bedeuten, dass Bereiche für Fußgänger und Radfahrer gestaltet werden, eine breite Palette von Einkaufsmöglichkeiten in fußläufiger Entfernung bestehen und auch öffentliche Einrichtungen, wie Schulen, Theater und Schwimmbad so zu erreichen sind. Es kann aber auch heißen, dass viele Parkplätze gebaut werden, damit man nicht zehnmal um den Block fahren muss, dass Umgehungsstraßen und „grüne Welle“ ein flottes Fortkommen erlaubt und einmal in der Woche ein Großeinkauf im Einkaufszentrum auf der grünen Wiese auf dem Programm steht.

Dies soll als ein Beispiel dienen, wo sich sicher gutgemeinte Formulierungen bei näherer Betrachtung als Worthülsen erweisen. Wenn sich die WASG zu einer Partei entwickeln will, die als Partner von Umweltschützern ernst genommen werden soll, ist eine Überarbeitung des vorgelegten Programms kaum zu vermeiden. Der Wille zu klaren Positionen ist erkennbar, nur müssten interpretationsbedürftige Begriffe erläutert oder eliminiert werden.

Ein Thema, das der WASG sehr am Herzen liegt, ist die Erwartung, dass eine Belebung der Wirtschaft durch verstärkte öffentliche, bzw. staatliche Investitionen erreicht wird. Hier wäre weit klarer als bisher herauszuarbeiten, dass es nicht um beliebige Investitionen geht, sondern ausschließlich um ökologisch korrekte und damit zukunftsfähige Technologien. Gerade im kommunalen Bereich herrscht aus Geldmangel im Moment eine Tendenz zu vermeintlich billigen, aber langfristig kostspieligen Lösungen, bis hin zu obskuren Finanztricks, wie dem „Cross Border Leasing“. Es hat ein engstirniges Rentabilitätsdenken Fuß gefasst,

das in der Privatwirtschaft pikanterweise bereits überwunden ist.

In diesem Arbeitsfeld gäbe es für die WASG, aber auch für PDS noch viel zu tun. Zumindest die PDS gefällt sich darin, zu beweisen, dass sie den Mangel besser verwalten kann und blockt innovative Konzepte so effizient ab, dass man selbst der CSU in Bayern mehr Weitsicht bescheinigen muss.

Quellen:

Übersicht über die Dokumente: <http://www.wasg-nrw.de/128.0.html>

Gründungsprogramm der WASG, beschlossen am 22.01.2005 von der Parteigründungsver-

sammlung: http://www.wasg-nrw.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050122.pdf

Wahlprogramm der WASG für die Landtagswahl am 22. Mai 2005: http://www.wasg-nrw.de/uploads/media/Landtagswahlprogramm_NRW.pdf

NRW-Wahlprogramm der WASG - Kurzfassung: http://www.wasg-nrw.de/uploads/media/WahlProgramm2005_Kurz.pdf

Was wir wollen: <http://www.wasg-nrw.de/uploads/media/WASG-Wollen.pdf>

„Programm für eine bessere Zukunft“ - WASG-Programm als Broschüre (Dateigröße ca. 800 kB): <http://www.wasg-nrw.de/uploads/media/WASG-Flyer.pdf>

Damit aus dem Klimawandel kein Klimasturz wird - PDS-Einsatz für solare Energiewende verstärken

Marko Ferst

Inzwischen kommt in Deutschland rund 9 % des Stroms aus alternativen Quellen, vor allen Dingen Wind- und Wasserkraft. 15 400 Windräder waren Anfang 2004 bereits in Betrieb und erzeugten 3 % der Elektrizität. Das erfolgreiche rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz fand modifizierte Nachahmung unter anderem in Ungarn, Spanien, Portugal, Griechenland, Frankreich und Tschechien. 2004 installierte Deutschland weltweit die meisten Photovoltaikanlagen für Solarstrom. Die Solarkollektorfläche für die Bereitstellung von warmen Wasser verdoppelte sich in Deutschland seit 1998. Unter einer schwarz-gelben Regierung wird es vermutlich erhebliche Rückschläge geben. Deshalb ist es wichtig, dass sich auch die PDS für den Erhalt des EEG einsetzt und den Quotenmodellen der Energiekonzerne eine klare Absage erteilt.

PDS-Umweltminister Wolfgang Methling stellt völlig richtig die Weichen, wenn er als Politikziel formuliert, 100 Prozent erneuerbare Energie bis 2050 müssen erreicht werden. (ND 8.11.04) Mojib Latif verweist in seinem neuen Buch „Klima“ darauf, wir müssen den Ausstoß von Klimagasen fast vollständig beenden. Betrachtet man die vielfältigen Quellen der wichtigen Treibhausgase Kohlendioxid und Methan, so wird klar, eine vollständige solare Stromversorgung ist ein wichtiger Meilenstein. Jedoch die Wärmeversorgung, der Verkehrsbereich, die Landwirtschaft, aber auch Hochöfen und andere Prozessenergie, werden erhebliche Probleme bereiten, will man sie vollständig erneuerbar gestalten. Nimmt man die Herstellung von Metallen, Glas, Beton und Kunststoffen, also einem großen Teil der Infrastruktur

der Industriegesellschaft, so sind bisher keine Verfahren absehbar, die auf Null Emissionen hinauslaufen. Im Wärmebereich gibt es Möglichkeiten über solares Bauen, Geothermie, Biomasse und Solarkollektoren sowie die Einrichtung von Nahwärmenetzen diesem Ziel näher zu kommen. Völlig gescheitert ist die jetzige rot-grüne Bundesregierung im Verkehrsbereich. Dort nahmen die CO₂-Emissionen zu. Auch bei der Förderung von mehr ökologischer Energieeffizienz sind die bisherigen Ansätze der Regierung völlig unzureichend.

Die Ökologische Plattform arbeitete ausführliche Positionspapiere über den Ist-Stand der erneuerbaren Energien aus. (siehe Tarantel, Nr. 28) Die Kernfrage ist, mit welchen Politikinstrumenten kann ein schnellerer Umstieg erreicht werden. Etwa bei kleinen Wasserkraftwerken könnten dies verbesserte Vergütungssätze für den Strom sein. Ist es sinnvoll, wie in Israel seit langem und in Spanien jetzt geplant, für neue Häuser Solarthermieanlagen verpflichtend vorzuschreiben oder sind verbesserte Förderinstrumente der sinnvollere Ansatz? In einer Arbeitsgruppe soll dies weiter ausgearbeitet werden.

Angegriffen werden muss Rot-Grün in ihrer Atompolitik. Immerhin genehmigt diese Regierung, dass in Gronau Brennelementekapazitäten für 35 AKW aufgebaut werden, Hermesbürgschaften wurden für zwei chinesische Reaktoren in Lianyungang genehmigt und nach wie vor darf Atomforschung Finanzmittel verschlingen. Rund 95 % der Menge an Atomstrom werden produziert wie unter der Kohlregierung. Bei einer CDU/CSU-geführten Regierung ab 2005 ist man allerdings auch vor einem Rückfall in die „atomare Steinzeit“ nicht gefeit. In jedem Fall werden sie den Ausstieg

auf Eis legen. Ob wirklich keine neuen AKW, wie von Siemens/Frameatom gewünscht, gebaut werden muss sich noch zeigen. 5-6 neue AKWs kann sich der Konzern vorstellen.

Vermutlich würde eine schwarz-gelbe Regierung auch darauf hinarbeiten, Gorleben als Endlager für hochradioaktive Stoffe weiter auszubauen. Das wäre russisches Roulett. Teils fehlen Deckschichten, die abdichten könnten. Salzhaltige Grundwasserströme führen bis an die Oberfläche. Wir brauchen länderübergreifend eine Diskussion über die hochradioaktiven Abfälle atomarer Energieerzeugung. Es zeichnet sich ab, es gibt keine sichere Möglichkeit die Stoffe über 15-20 Mill. Jahre risikofrei zu lagern. Einige hochradioaktive Nuklide bzw. deren Zerfallsprodukte sind extrem dauerhaft und ähnlich gefährlich wie Plutonium. Noch ein pikantes Detail: Rot-Grün hat die Strahlenschutzverordnung abgeschwächt. Deshalb können jetzt leichter radioaktive Abfallstoffe aus AKWs beim Straßenbau verwendet oder in Alltagsgegenständen recycelt werden. Sebastian Pflugbeil rechnet dadurch mit mehreren tausend zusätzlichen strahlenbedingten Todesfällen in der Bundesrepublik.

Man vermutet, dass ab ungefähr 2010 die Mengen an gefördertem Erdöl nicht mehr gesteigert werden können. In Ländern wie Iran, Libyen, Rumänien und Indonesien ist dieser Punkt lange überschritten, der jetzt weltweit eintritt. Der Verbrauch in China, Indien u. a. Ländern wächst aber rasant. In 35-40 Jahren sind die letzten Reserven an herkömmlichem Öl aufgebraucht. Deutliche Preissteigerungen werden aber schon im kommenden Jahrzehnt zwangsläufig die Folge sein, ebenso bei Erdgas, das an den Ölpreis gekoppelt ist. Bereits heute werden Kriege geführt um die Energieressourcen.

Wir müssen also nicht nur wegen der Klimagefahr vollständig auf solare Energien umsteigen. Der Primärenergieverbrauch weltweit basiert zu 35 % auf Erdöl, dazu kommen 21,2 % Erdgas, zusammen 56,2 % (2001). Die Ölpreise sind auch hochspekulativen Prozessen an den Finanzmärkten unterworfen. Da kann es schnell passieren, dass aus einer kleinen Ölkrise eine große Weltwirtschaftskrise sich entwickelt. Der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien ist zudem wichtig, weil ein Drittel der herkömmlichen Kraftwerke im nächsten Jahrzehnt ihre technische Lebensdauer überschreiten und ersetzt werden müssen. Eine dezentrale Versorgung mit Strom und Wärme, auch durch die Haushalte selbst, wird in wenigen Jahren eine eminent soziale Sicherung sein.

Unstrittig ist es besser, moderne Gaskraftwerke zu bauen, als noch ein einziges Kohlekraft-

werk, weil dessen CO₂-Ausstoß mengenmäßig äquivalent weit darüber liegt. Mit einem Gaskraftwerk legt man sich jedoch für 30-40 Jahre fest, auch mit immer teureren Gasimporten. Das kann nur eine sehr kurzfristige Notlösung sein, insbesondere wenn man bei 100 Prozent solarer Stromerzeugung 2050 ankommen will. In Kohlekraftwerken das Kohlendioxid abzuscheiden und in Endlager zu verbringen, ist viel teurer als solare Alternativen und außerdem sehr unsicher.

Die Offshore-Windräder in Nord- und Ostsee sollten zum Zuge kommen. Natürlich sind Naturschutzprobleme beim Schweinswal oder den Vogelflugrouten streng zu beachten, ebenso wie die Sicherheit des Schiffsverkehrs. Wenigstens 20 % des derzeitigen Stromverbrauchs könnten auf mittlere Sicht so gedeckt werden. Insgesamt kommt es auf einen sinnvollen Mix an erneuerbaren Energien an. Manches Wasserkraftwerk könnte aktiviert werden und eine effizientere Generation von Fotovoltaikanlagen zum Zuge kommen, verringerte Kosten durch effizientere Produktionsabläufe entstehen.

Gelänge es darüber hinaus, bis 2030 um den Faktor Vier beim Stromverbrauch zu reduzieren, also eine Ökoeffizienzrevolution in Technik und Sozialverhalten, käme man mit sehr viel weniger Energie aus und 100 % Solarenergie wäre um viele Jahre schneller erreichbar. Freilich darf man nicht vergessen, alle Wachstumsprozesse der heutigen Industriegesellschaft sind an CO₂-Ausstoß gebunden, und in einigen Bereichen kommt man um intelligenten, kreativen Verzicht überhaupt nicht herum. Vor allen Dingen eine neoliberale Politik, die Aktienkurse und Finanzmarktwünsche zur Zentralsteuerung der Gesellschaft macht und damit ökonomischen Aktionszwang bis in die letzten sozialkulturellen Freiräume hinein zwingt, ist geradezu ein Amoklauf gegen die Belastungsgrenzen der Natur.

Selbst das Bundesumweltministerium schätzt die Situation sehr kritisch ein. Der Klimawandel selbst ist nicht mehr verhinderbar, man kann nur noch abbremsen. Die Gesellschaft muss heute beginnen, ihre Bauweise den kommenden Stürmen anzupassen. Zunehmende Starkregenereignisse sprechen für entsiegelte Flächen und barrierefreie Flüsse. Entscheidend ist, ob es gelingt die Ernährungssicherheit mit einer grundlegend anders ausgelegten Landwirtschaft zu sichern. Gerät der Klimawandel zum Klimaumsturz, dann wird in vielen Fällen nur die Flucht in noch intakte Regionen möglich sein, solange es noch welche gibt. Deshalb müssen heute alle Register gezogen werden, um das Lenkrad noch ein Stück rumzureißen.

Mehr Informationen: www.oekologische-plattform.de, www.umweltdebatte.de

Crash 2050 - Die Folgen des Klimawandels

Quelle: *www.netzeitung.de* (Februar 2005)

Im englischen Exeter ging die internationale Klimaschutzkonferenz mit über 200 Wissenschaftlern zu Ende. Der Klimaforscher Bill Hare stellte dabei einen möglichen Zeitplan für den Verlauf der Klimakatastrophe im 21. Jahrhundert vor. Wann also sind wo die Folgen des Klimawandels spürbar? Bis 2030 wird die globale Temperatur - nach Hare, der zur Zeit am Potsdam-Institut für Klimaforschung tätig ist - um etwa ein Grad gegenüber der Vorindustri-Zeit steigen. In dieser Zeit würden die Korallenriffe und die typischen Hochlandwälder in Australien bedroht, in Südostasien und Afrika werde sich der Wassermangel verschärfen und zu Hungerkatastrophen in vielen Entwicklungsländern führen.

Bis 2050 werde sich die globale Erwärmung um zwei Grad erhöht haben, wenn wir weiter wie bisher Kohle, Gas und Öl verbrennen. Das heißt: In der Arktis wird durch das Schmelzen des Eises das Leben von Eisbären und Walrossen bedroht, im Mittelmeerraum häufen sich Waldbrände und Insektenplagen - die Hungerkatastrophen in der südlichen Hemisphäre nehmen zu. In der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts werden die globalen Temperatu-

ren um über drei Grad ansteigen: Die Artenvielfalt nimmt dramatisch ab und die Hungerkatastrophen dramatisch zu. Es gibt Wassermangel rund um den Globus. Die Regenwälder sind ebenso zerstört wie fast alle Korallenriffe. Im Krüger-Nationalpark in Südafrika sind zwei Drittel aller Tierarten zerstört.

Britische Forscher um Chris Rapley hatten auf der Konferenz Ergebnisse eines Forschungsprojekts vorgestellt, nachdem das Eis der Westantarktis schneller schmilzt als bislang angenommen. Pro Jahr verliere die Eisdecke 250 Kubikkilometer Eis. Bisher sind Experten der Vereinten Nationen davon ausgegangen, dass die Eisdecke nicht vor dem Jahr 2100 zusammenbrechen wird – eine Ansicht, die den Experten zufolge revidiert werden muss. Allerdings sei bislang unklar, ob das Schmelzen der Eisdecke auf den Klimawandel zurückzuführen ist. Die Untersuchung von Bill Hare zeigt, dass die Folgen des Klimawandels mit der Stärke des Temperaturanstiegs zunehmen. Aus diesem Grund spreche einiges für die Position der Europäischen Union, die Erwärmung auf höchstens zwei Grad über dem vorindustriellen Wert zu begrenzen, berichtet Hare. Dennoch scheine klar zu sein, dass selbst unterhalb dieser Grenze beträchtliche Risiken bestünden.

Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern (Teil 2)

Marko Ferst

Der erste Teil des Beitrages erschien in Tarantel Nr. 26. Die komplette Studienarbeit zur Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist unter www.umweltdebatte.de nachzulesen

Die Rügenhochbrücke

Mit der A 20 ist auch ein neuer Rügenzubringer verbunden. Statt den vorhandenen Rügendammbau auszubauen, wird auf eine neue mautpflichtige Hochbrücke gesetzt mit gigantischen baulichen Ausmaßen, 42 Meter hoch.¹ Ein teures Vergnügen für alle, die die Pylonenbrücke passieren wollen, aber auch für die Umwelt. Doch wer wird dies tun, wenn man die alte Brücke weiter nutzen kann? Warum eine solche Baumethodik zu Lasten des Landschaftsverbrauchs geplant wird, ist mehr als unklar. Die Fahrbahn der neuen Brücke soll dreispurig

werden. Ein Vorschlag der Umweltverbände, den alten Rügendammbau mit drei Spuren zu modernisieren, wurde nicht ernsthaft geprüft. Die NABU-Mitarbeiterin Marlies Preller lässt in einem Beitrag mit Fragezeichen im Raum stehen, ob am Ende doch eine Autobahn auf die Insel führen soll.²

Umweltminister Methling meint, es ist gut, dass es Kritik am Bau der neuen Brücke gibt, das helfe ihm ökologische Positionen durchzusetzen, verweist aber darauf, wer sie verhindert, wird sich ein sehr schlechtes Image einhandeln. Seine größte Sorge sei aber, wenn die B 96 von der Brücke bis nach Bergen nicht auf der alten Straßentrasse geführt werde. Die bisherige Straße zu nutzen, sei eine anzustrebende Lösung.³ Eine Pressemitteilung zur zweiten Rügenbrücke war im Wirtschaftsminis-

¹ http://www.halbinsel.de/halbinsel/kurzinfos/kal_jpantw.sap?ID=5601&Rubrik..., 5.1.2003

² Marlies Preller; Rügen betoniert. Zweite Rügenanbindung soll dreispurig werden, Neues Deutschland, 27.5.2002

³ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

terium zwischen 1998 und Anfang 2003 leider nicht auffindbar. In einer Ansprache vom 21.5.2002 erwähnt Ministerpräsident Harald Ringsdorff, die Rügenanbindung soll 2005 fertiggestellt sein.⁴ Man darf vermuten, die Brücke ist mit gemeint, so geht es aus der Presse hervor.

Hans Hebener von der GuD-Consult Berlin, Spezialist für Gründungstechnik und Statik verweist darauf, die Gründung des Rügendamms nach heutigen DIN-Vorschriften würde auch durch eine zusätzliche Traglast nicht in Frage gestellt sein. Da die gerade erst sanierte Bahnüberführung auf den selben Gründungkörpern liegt, hätte bei Problemen im Bereich der Gründung das Eisenbahnbundesamt mit seinen hohen Anforderungen keine Freigabe dafür erteilt. Beim Vergleich der Verkehrslasten von Bahn- und Straßenbrücke sei für die Straße eine erhebliche Lastreserve von Faktor fünf festzustellen. Für die Einschätzung standen auch umfangreiche Unterlagen aus der Bauzeit des Rügendamms zur Verfügung.⁵

Hebener könne sich vorstellen, eine segmentweise Erneuerung der Brücke, wie bei der Sanierung der Bahnstrecke, sei möglich, verwies aber darauf, dies sei nicht sein Fachgebiet. Die solide Gründung ermögliche jedenfalls eine Verbreiterung der Brücke, auch eine Doppeldeckerbrücke sei möglich. Lange Sperrzeiten durch Bauarbeiten für die Brücke sieht er im Gegensatz zur DEGES, Bauträgerin der neuen Brücke, nicht. Freilich sei es eine ingenieurtechnische Herausforderung.⁶

Verkehrswissenschaftler Heiner Monheim verweist darauf, dass die Ursachenanalyse für die Staus auf der B 96 zeige, eine normale zweistreifige Verkehrsstraße würde auch in Spitzenbelastungszeiten zur Hauptsaison ausreichen, wenn es bis Bergen nicht so viele Behinderungen gäbe an den Knotenpunkten, Ampelanlagen und Bahnübergängen.⁷ Derzeit rollen durchschnittlich täglich 16 000 Fahrzeuge über den Damm, eine zweispurige Hauptverkehrsstraße kann 24 000 Fahrzeuge bewältigen.⁸

Durch Randspuren für langsam fahrende landwirtschaftliche Fahrzeuge etc. (1,5-2 Meter breit), Kreisverkehre statt Ampeln oder Über-

führungen, Abbiegespuren und andere Maßnahmen könnte die Stauanfälligkeit stark reduziert werden.⁹ An einer Ampel gehen nach Schätzungen Monheims 30-40 Prozent der Leistungsfähigkeit der Straße verloren. Wo nur unbedeutende Straßen auf die Hauptverkehrsader führen, unterbrechen Ampeln den Verkehrsfluss.¹⁰ Überdies beklagt der Tourismusverband, das Angebot des öffentlichen Verkehrs auf der Insel habe sich seit der Auflösung der Verkehrsgemeinschaft „Rügen-Verkehr“ verschlechtert, und das sei nicht geeignet, die Verkehrsprobleme auf der Insel zu lösen.¹¹ Auch in diesem Bereich scheint es Reserven für eine effizientere und ökologischere Verkehrsbewältigung zu geben. Das wird auch nötig sein, einige Prognosen meinen, bis 2010 könne sich der Verkehr verdreifachen.¹² Dem Umwelt- und Tourismusstandort Rügen wird das kaum zuträglich sein.

Ungemach droht auch aus Richtung Brüssel von der EU. So forderte der EU-Generaldirektor für Umwelt, J. F. Vertrynge, die deutsche Seite auf, eine Reihe von kritischen Fragen zu beantworten in Bezug auf die Vereinbarkeit der Hochbrücke mit der Sicherung der angrenzenden EU-Vogelschutzgebiete.¹³ Durch den Strelasund führt eine der wichtigsten Zugvogelrouten für Kraniche, Eiderenten und andere Vogelarten. Jochen Lamp vom World Wide Fond (WWF) befürchtet, es passiere auf der neuen Rügenbrücke ähnliches wie bei der Öresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden. Dort soll eine sehr große Anzahl von Vögeln beim nächtlichen Zug, wo sie sich vor allem an den Sternen ausrichten, Orientierungsschwierigkeiten durch das beleuchtete Bauwerk bekommen haben. Sie landen dann auf der Brücke und werden vom Verkehr überrollt.¹⁴

Sollten die deutschen Behörden nicht nachweisen können, das Bauwerk nehme keinen Einfluss auf den Vogelflug und ist von daher unbedenklich, sei eine Finanzierung der Brücke von Seiten der EU ungewiss. Die Bundesregierung und die Landesregierung planteten aber die 50 Millionen Euro aus dem EU-Fonds

⁴ <http://www.mv-regierung.de/stk/doku/reden/w02.06.21.pdf>, 5.1.2003

⁵ 11. Brückengespräch des Forum Rügen-Stralsund großer Erfolg, Presseerklärung vom 6.4.2001, www.forum-ruegen-stralsund.de/presse/20010406.htm, 5.1.2003

⁶ 11. Brückengespräch des Forum Rügen-Stralsund großer Erfolg, Presseerklärung vom 6.4.2001, www.forum-ruegen-stralsund.de/presse/20010406.htm, 5.1.2003

⁷ Heiner Monheim; Stellungnahme, www.forum-ruegen-stralsund.de/thema/monheim.htm, 5.1.2003

⁸ Kerstin Viering; Ideen gegen den Dauerstau auf Rügen, Berliner Zeitung, 18.4.2001

⁹ Die Alternative: B 96+, www.forum-ruegen-stralsund.de/thema/b96.htm, 5.1.2003

¹⁰ Kerstin Viering; Ideen gegen den Dauerstau auf Rügen, Berliner Zeitung, 18.4.2001

¹¹ Verkehrsproblem schadet Rügen, Ostsee-Zeitung, 10.10.2002

¹² Kerstin Viering; Ideen gegen den Dauerstau auf Rügen, Berliner Zeitung, 18.4.2001

¹³ Blauer Brief aus Brüssel wegen Rügenhochbrücke, www.forum-ruegen-stralsund.de/aktuell/index.htm, 5.1.2003

¹⁴ Kerstin Viering; Ideen gegen den Dauerstau auf Rügen, Berliner Zeitung, 18.4.2001

EFRE bereits voll ein.¹⁵ Der WWF hatte im Mai 2001 bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt gegen den Bau, weil er nicht umweltverträglich sei und eine Verschwendung von Steuergeldern darstelle.¹⁶ Letzteres zeigt auch eine alternative Planung, die die oben genannten staumindernden Maßnahmen mit einer Erneuerung der bestehenden Rügenbrücke verbindet. 135 Millionen Euro könnten auf diese Weise gespart werden, bzw. nur 15-16 Prozent der DEGES-Baukosten fielen an, und ein möglicherweise zweistelliger Eurobetrag an Maut würde sich erübrigen.¹⁷ Der WWF legte inzwischen eine EU-Klage ein, so dass der Bau der zweiten Rügenbrücke offenbar nicht mehr als gesichert gelten kann.¹⁸

Bahn und Flugverkehr

Im rot-roten Koalitionsvertrag von 1998 war vereinbart worden, den Bau der Magnetschwebebahn „Transrapid“ nicht mehr zu unterstützen. Mit einer Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht wollten die PDS-Minister notfalls das Projekt zu Fall bringen.¹⁹ Im Februar 2000 wurde das Projekt endgültig für diese Trasse eingestellt. Von der PDS eingeräumt wird, dass die Umverteilung der Mittel für den Ausbau anderer Verkehrsprojekte nicht erreicht werden konnte.²⁰ Dies war im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Die Absage an den Transrapid stößt zwar nach wie vor auf heftigen Protest der CDU des Bundeslandes und ihres Fraktionsvorsitzenden Eckhart Rehberg²¹, ist angesichts der hohen zusätzlichen Subventionen in Milliardenhöhe aus finanzpolitischer Sicht aber mehr als geboten, zumal eine Bahnverbindung parallel zur geplanten Trasse längst existiert. Überdies wäre auch eine neue Magnetbahntrasse ein empfindlicher Eingriff in die Natur gewesen.

In die Infrastruktur der Bahn wurden im Jahr 2002 300 Millionen Euro vom Wirtschaftsminis-

terium investiert. Darunter ist hervorzuheben, 70 Millionen Euro steuerte das Land bei für den Ausbau von Straßenbahnlinien.²² Geschlossen werden mussten in der Legislaturperiode jedoch vier Regionalstrecken der Bahn, weil angesichts der Wirtschaftlichkeit der Strecken eine Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs aus Sicht der Regierung nicht mehr zu finanzieren war.²³ Im Koalitionsvertrag von 1998 und 2002 wird jedoch festgehalten, dass die Bahndämme erhalten werden sollen und eine Trassensicherung erfolgt in den Fällen, wo eine Wiederaufnahme des Bahnverkehrs nicht ausgeschlossen werden kann. Eine weitere Strecke sollte Ende 2002 geschlossen werden. Es war aber möglich, sie zunächst für ein Jahr zu verlängern. Ohne dass sich die Nutzer für eine solche Bahnstrecke engagieren, ist ein Erhalt schwierig. Methling hofft, dass die LKW-Maut zu einem Vorteil für die Bahn wird. Eine wesentliche Ursache für die Schließung der Nebenstrecken sieht er in der Bahnprivatisierung.²⁴ In der neuen Legislaturperiode wird laut Koalitionsvertrag angestrebt, eine Modernisierung der Nebenstrecken der Bahn bis 2007 zu realisieren. Hauptstrecken sollen für höhere Geschwindigkeiten im Bahnverkehr fit gemacht werden.²⁵

In Mecklenburg-Vorpommern werden fünf größere Flughäfen betrieben, allesamt mit roten Zahlen in den Bilanzen. So stellen Bündnis 90/Grüne im Land fest, bei 1,7 Millionen Einwohnern seien dies zu viele. Es müssten hier Landesmittel reduziert und konzentriert eingesetzt werden.²⁶ Diese Position von Bündnis 90/Die Grünen kann aus ökologischer, aber auch wirtschaftspolitischer Perspektive nur unterstrichen werden.

Von den Vorgängerkoalitionen wurden Millionenbeträge in den Ausbau der Flughäfen gepumpt, auf denen nach wie vor nur selten Maschinen landen und starten. Aber die Geldverschwendung geht auch unter Rot-Rot weiter. Damit z. B. der Charterverkehr auf dem Flughafen Rostock überhaupt in Gang bleibt, wird weiter subventioniert. Von dort kann man nach

¹⁵ Blauer Brief aus Brüssel wegen Rügenhochbrücke, www.forum-ruegen-stralsund.de/aktuell/index.htm, 5.1.2003

¹⁶ Blauer Brief aus Brüssel wegen Rügenhochbrücke, www.forum-ruegen-stralsund.de/aktuell/index.htm, 5.1.2003

¹⁷ Die Alternative: B 96+, www.forum-ruegen-stralsund.de/thema/b96.htm, 5.1.2003

¹⁸ Frank Ruhkies; Die neue „Via Regia“, Schweriner Volkszeitung, 20.12.2002

¹⁹ PDS-Minister wollen in Karlsruhe gegen Magnetschwebebahn klagen, *junge welt*, 28.11.1998

²⁰ <http://www.landtagswahlen-2002.de/Bilanz/verkehr.htm>, 1.8.2002

²¹ Eckhardt Rehberg; Wenn sie gut verdienen, bleiben gut ausgebildete Leute im Land, *Neues Deutschland*, 7.8.2002

²² Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Wirtschaftsbericht 2002. Perspektiven für die Zukunft, Schwerin, 2002, S. 23

²³ Caterina Muth; in einem Beitrag auf der PDS-Konferenz „Für eine sozial-ökologische Zeitenwende“ am 29.10.1999

²⁴ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

²⁵ Vereinbarung zwischen SPD und PDS über die Bildung einer Koalition für die 4. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, www.landtagswahlen-2002.de, 5.11.2002

²⁶ Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern; Programm zur Landtagswahl 2002

Nürnberg und München fliegen. Damit dies überhaupt funktionieren kann, steuert das SPD-geführte Wirtschaftsministerium allein 1,6 Mill. Euro im Jahr 2002 zu.²⁷ Wenn man die besonders klimaschädlichen Auswirkungen des Flugverkehrs in Betracht zieht, ist das zweifellos eine antiökologische Spitzenleistung in Sachen Wirtschaftsförderung. Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist offenbar noch nicht überall in der Landesregierung angekommen. Statt den regionalen Bahnverkehr aufrecht zu erhalten, subventioniert man lieber den innerdeutschen Flugverkehr. Mit 1,6 Millionen Euro könnte man auch den Topf für Klimaschutzmaßnahmen um mehr als 50 % aufstocken. In Programmen und Papieren der Bundes-PDS taucht immer wieder der Passus auf, man will die innerdeutschen Kurzstreckenflüge zugunsten von Bahnverkehr reduziert wissen aus ökologischen Gründen. Die praktische Umsetzung dieser Forderung in Mecklenburg-Vorpommern bereitet offensichtlich Schwierigkeiten.

Umweltsicherheit im Seeverkehr auf der Ostsee

Zwischen 1999 und 2001 gab es in der Kadetrinne 22 Schiffsunglücke mit zum Teil verheerender Wirkung. Jedes zehnte Schiff ist ein Öltanker, und durch die Eröffnung des Hafens Primorjskoje bei St. Petersburg wird der Anteil noch steigen. So musste zum Beispiel am 30. April 2001 Ölkatastrophenalarm an der dänischen Ostseeküste ausgerufen werden. Nach einer Kollision zwischen einem Frachter und einem Tanker in der Kadetrinne trieben 2000 Tonnen Schweröl auf die dänischen Inseln Mön und Falster zu, 3000 Seevögel starben. Dies war der Auslöser für Greenpeace, den Seeweg zu überwachen und eine Kampagne zur Lotsenpflicht beim Passieren dieser Ostseepassage zu fordern.²⁸

In der folgenden vierwöchigen Überwachung der Kadetrinne durch Greenpeace hatte die Umweltorganisation 192 Verstöße gegen Verhaltensregeln auf hoher See dokumentiert. So fuhren Schiffe als Geisterfahrer entgegen der allgemeinen Fahrtrichtung oder kreuz und quer in der Fahrtrinne, verstießen gegen das Klarhalten der Trennlinie zwischen den Fahrtrichtungen u. a.²⁹ Wenn man bedenkt, je-

des Jahr durchqueren ungefähr 200 000 Schiffe die Ostsee, davon auch viele die Kadetrinne, sind das ideale Bedingungen für weitere Ölundfälle.

In die Kritik der Umweltorganisation geriet insbesondere der damalige Bundesverkehrsminister Bodewig. Im Mai 2001 demonstrierte die Organisation vor dem Amtssitz des Ministeriums in Berlin mit schwarzen Ölfässern und forderte den Minister auf, die Kadetrinnen-Überwachung umzusetzen, die bisherige „Vogel Strauß-Politik“ aufzugeben.³⁰

In einem Interview mit der Ostseezeitung im Zusammenhang mit dem erwähnten Schiffsunglück verdeutlichte Wolfgang Methling, dass Berlin wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Ostsee ewig prüfen würde und zu keinem Ergebnis komme, obwohl die Lotsenpflicht, Weitsicht radar oder die Meldepflicht bei Einfahrt in die Ostsee schnell realisierbar wären. Die Bundesregierung müsse sich bewegen, damit es zu einer Einigung mit den Anrainern kommen kann. Das Bundesland erfülle zwar seine rechtlichen und finanziellen Aufgaben, sei aber das letzte Glied in der Kette. Auf die Frage des Journalisten, ob es denn ausreiche, den Bund in Briefen zu bitten, seinen Aufgaben nachzukommen, antwortete der Minister, „er könne doch nicht mit der Pistole herumfuchteln“, um den Verkehrsminister dazu zu zwingen „seinen Job“ zu tun.³¹

Die Forderung nach Einführung der Lotsenpflicht, so Wolfgang Methling, wurde nicht gleich von allen Mitgliedern der Landesregierung übernommen und von der Bundesregierung schon gar nicht.³² Mit Unterstützung des Parlamentes und des Umweltausschusses in Mecklenburg-Vorpommern wurde das Anliegen zu aktiver Landespolitik, bei der das Umweltministerium federführend war. Das Wirtschaftsministerium hielt sich heraus. Damit das Anliegen auf der Bundesebene übernommen wird, gab es vielfältige Aktivitäten. Am meisten Druck erzeugten öffentliche Veranstaltungen, auf denen die Ostseesicherheit thematisiert wurde, so zum Beispiel bei einem parlamentarischem Abend in Berlin. Wichtig waren aber gleichermaßen auch Akteure in anderen nörd-

²⁷ ARD-Magazin „Monitor“, 21.11.2002

²⁸ Tankerunglück in der Ostsee – Überwachung der Kadetrinne, http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/BRENNPUN/F0101.HTM, 22.10.2002; Andreas Knudsen; Schiffsautobahn gefährdet die Ostsee, Neues Deutschland, 3.12.2002

²⁹ Dänische Regierung führt Kadetrinnen-Überwachung von Greenpeace fort, Presseerklärung von Greenpeace, 6.6.2001, http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/

PRESSEMI/P010606.HTM, 22.10.2002; Ostsee: Verkehrsrowdys und Geisterfahrer auf See; http://www.greenpeace.de/GP_ARCHIV/HOME/PAGE/A010606.HTM, 22.10.2002

³⁰ Neues Schiffsunglück in der Kadetrinne – Minister Bodewig muss endlich handeln, Presseerklärung von Greenpeace, 14.5.2001, http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/PRESSEMI/P010514.HTM, 22.10.2002

³¹ Wolfgang Methling; Umweltminister: „Bodewig muss jetzt handeln“, Ostsee-Zeitung, 17.5.2001

³² Wolfgang Methling; Ich bin ein wissenschaftlicher Grüner, Neues Deutschland, 27.7.2002

lichen Bundesländern und weitere.³³

Bereits im Oktober 2000 begrüßte das Umweltministerium in Mecklenburg-Vorpommern in einer Presseerklärung die verspätete Forderung des Tourismusverbandes zur Schiffssicherheit und wünschte dem Präsidenten Kuessner einen „Guten Morgen!“. In der Stellungnahme wird deutlich gemacht, dass der Umweltminister mehrfach im Landtag über die Forderungen zur Schaffung eines Havariekommandos, eines satellitengestützten Überwachungssystems, zur Einführung einer Lotsenpflicht in der Kadettrinne und zur Schaffung zusätzlicher Schlepperkapazität berichtet hat. Dem Vorgänger Bodewigs als, Verkehrsminister Reinhard Klimt, war ein Schreiben mit den Forderungen des Landes zugegangen, in dem auf schnellstmögliche Umsetzung gedrängt wurde.³⁴

Am 25. November 2002 wurde mit der „Strelasund“ ein weiteres vielseitig einsetzbares Gewässerüberwachungsschiff und Ölfangschiff in Betrieb genommen. Bei diesem Anlass zog Dietmar Glitz, Staatssekretär im Umweltministerium, eine Bilanz der Aktivitäten für mehr Schiffssicherheit. So konnte ein Weitbereichsradar in Warnemünde in Betrieb genommen werden, um die Kadettrinne besser zu überwachen. Verbessert wurde die Betonung der vielbefahrenen, engen Wasserstraße. Durchgesetzt werden konnte eine Lotsenannahmempfehlung für alle Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 11 Metern.³⁵ Wohlgermerkt von Empfehlung und nicht von Pflicht wird gesprochen. Bisher nehmen bereits 95 % bei den erforderlichen Schiffen Lotsen an. Das Problem sind die übrigen 5 %.³⁶

Greenpeace fordert im übrigen die Lotsenpflicht ab 9 Metern Tiefgang einzuführen, der Umweltminister selbst spricht in der Regel von 10 Metern. Da die Wasserstraße von sehr seichten Ostseepassagen umgeben ist, scheint dieser Punkt nicht ohne Bedeutung. Schon kleinste Navigationsfehler können hier zum Auflaufen von Schiffen führen. Eine Ursache dafür sind sich verändernde Sandbänke. Zwischen 1997 und 2001 gab es 170 Grundbe-

rührungen.³⁷ Die Wasserstraße ist nur 18 Meter tief.³⁸

Zum Jahreswechsel 2002/2003 wurde ein Havariekommando in Cuxhaven in Betrieb genommen. Es soll mit einheitlichen Leitungs- und Lenkungsstrukturen im Schadensfall schnell und effizient eingreifen können.³⁹ Der Umweltminister verweist darauf, bei aller Verbesserung von Vorsorge- und Schutzmaßnahmen, bei einem größeren Tankerunfall und ungünstiger Witterung sei es unmöglich, eine Katastrophe für den Ostseeraum abzuwenden. Bei hoher See eine große Menge Öl in kurzer Zeit aufzunehmen, sei technisch nicht realisierbar.⁴⁰

Die Einrichtung von Nothäfen für havarierte Schiffe hält Wolfgang Methling für einen wichtigen weiteren Schritt. Es könne nicht sein, dass die Schiffe wie im Fall der vor Spanien verunglückten „Prestige“ weiter hinaus auf das Meer geschleppt werden und dann dort auseinander brechen, weil die Häfen das Schiff nicht hereinlassen.⁴¹ Dieser Punkt gehört im übrigen auch zum Forderungskatalog von Umweltverbänden.

Ein Verbot von Einhüllentankern auf EU-Ebene würde der Minister am liebsten sofort umgesetzt sehen. Bislang ist noch eine Frist bis 2015 eingeräumt.⁴² Enthalten sein soll künftig in Hafengebühren die Entsorgung von Ölresten in den Häfen. Die Einführung einer solchen Regelung ist EU-weit geplant. 2001 unterstützte Mecklenburg-Vorpommern noch mit einer halben Million DM die sichere Entsorgung von solchen Schiffsabfällen. Zu den gravierendsten Umweltproblemen gehören die vielen kleinen Ölteppiche, die von den Schiffen illegal eingetragen werden.⁴³

Weiterhin engagierte sich das Umweltministerium dafür, dass die Küstenländer Pläne für durch Öl verschmutzte Tiere erarbeiten. Bei der „Pallas“-Havarie habe sich gezeigt, man

³³ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

³⁴ Guten Morgen, Herr Präsident! Umweltminister begrüßt verspätete Forderungen des Tourismusverbandes zur Schiffssicherheit, Presseerklärung des Umweltministeriums in Mecklenburg-Vorpommern, 17.10.2000, http://www.mvnet.de/cgi-bin/presesuch/press_infotext.pl?6121_x_, 12.12.2002

³⁵ Ölbekämpfungsschiff „Strelasund“ getauft, Pressemitteilung des Umweltministeriums in Mecklenburg-Vorpommern, 25.11.2002, http://www.mvnet.de/cgi-bin/presesuch/press_infotext.pl?6121_x_, 12.12.2002

³⁶ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

³⁷ Andreas Knudsen; Schiffsautobahn gefährdet die Ostsee, Neues Deutschland, 3.12.2002

³⁸ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

³⁹ Mehrzweckschiff „Neuwerk“ vor der spanischen Küste, Presseerklärung des Bundesverkehrsministeriums, 26.11.2002, [www.bmv.de/bmv-.302.13181/Mehrzweckschiff ...](http://www.bmv.de/bmv-.302.13181/Mehrzweckschiff...), 16.12.2002

⁴⁰ Wolfgang Methling; Tourismus und Naturschutz im Ostseeraum, Rede auf dem Ostseeforum der Herder-Gesellschaft am 7.8.2000 in Rostock, <http://www.um.mv-regierung.de/pages/rede.html>, 22.10.2002

⁴¹ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

⁴² Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

⁴³ Wolfgang Methling; Maritime Sicherheit auf der Ostsee..., Rede auf der 62. Sitzung des Landtages, 28.6.2001, http://www.um.mv-regierung.de/pages/rede_maritime_sicherheit.html, 2.10.2002

war auf die Rettung verschmutzter Seevögel ungenügend eingerichtet. Ein entsprechender Antrag wurde auf der 37. Umweltministerkonferenz der norddeutschen Küstenländer eingebracht.⁴⁴
Insgesamt ist festzustellen, Mecklenburg-

Vorpommern übernimmt in vielen Fällen eine Vorreiterfunktion im Bereich von Umweltsicherheit auf der Ostsee und trug mit anderen Akteuren zusammen dazu bei, verbesserte Bedingungen herzustellen bzw. darauf hinzuwirken.

Bücherecke

Peter Morris-Keitel

Die ökologische Katastrophe abwenden!

Die Broschüre behandelt welche Abbilder die Klimakatastrophe in der Gegenwartsliteratur hinterlässt und wie mit den Konsequenzen umgegangen wird. Schon wegen der vielen Literaturhinweise auf ökologisch motivierte Schriftsteller lohnt die Lektüre des amerikanischen Professors für Germanistik. Außerdem beschäftigt er sich mit den ökosozialistischen Utopien von Robert Havemann in einem zusätzlichen Aufsatz in der Broschüre.

Helle Panke e. V., 2004, 41 S., 3 €

Bestellung: Tel.: 030/47538724,

E-Mail: info@helle-panke.de

Die Erde im Treibhaus.

Spektrum der Wissenschaft. Dossier

Richard B. Alley beschäftigt sich mit nichtlinearen Temperatursprüngen im Zuge der Klimaerwärmung und den Schwierigkeiten der Vorhersage. Von anderen Autoren werden die aktuellen Entwicklungen an Nordpol und Südpol dargestellt. Behandelt sind die Konsequenzen der Gletscherschmelze im Himalaja. Ein Aufsatz ist überschieben: „Treibhausbombe im sibirischen Dauerfrost“. Außerdem wird die Klimageschichte mit Aufschlüssen für die derzeitige Entwicklung untersucht. Insgesamt eine sehr zu empfehlende Lektüre zum Thema.

Spektrum der Wissenschaft, 2005, 82 S., 8,90 €

Helga Kromp-Kolb, Herbert Formeyer

Schwarzbuch Klimawandel. Wieviel Zeit bleibt uns noch?

Wie viel Zeit bleibt uns noch? Im Jahre 1896 hat der Schwedische Wissenschaftler Svante Arrhenius erstmals aufgezeigt, dass zunehmende Treibhausgasemissionen zu signifikanter Erwärmung führen. Fast 90 Jahre später hat 1985 in Villach in Kärnten eine Wissenschafterkonferenz erstmals die Politik aufgerufen, zum Schutze des Klimas tätig zu werden.

⁴⁴ Umweltministerkonferenz der norddeutschen Küstenländer diskutiert Fragen zum Schutz von Nord- und Ostsee, Presseerklärung des Umweltministeriums in Mecklenburg-Vorpommern, 27.6.2000, http://www.mvnet.de/cgi-bin/pressesuch/press_infotext.pl?5514_x_, 12.12.2002

1992 haben sich die Staaten bei der globalen Klimakonferenz in Rio verpflichtet „...eine Stabilisierung der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, das gefährliche anthropogene Einmischung in das Klimasystem verhindert“. Aber erst 2004, ist es gelungen, mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch hinreichend viele Staaten ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu schaffen. Im Klimaschutz ist fast 20 Jahre nach dem Aufruf der Wissenschaftler noch immer nichts Substantielles passiert. Aber die Zeit läuft uns davon ... Es geht nicht nur um Klimaschutz, es geht um Selbstschutz!
Ecowin-Verlag, 2005, 222 S., 19,90 €

Marko Ferst

Die Ideen für einen „Berliner Frühling“ in der DDR

Erstmals wird hier direkt verglichen, welche Positionen die beiden wichtigsten linken DDR-Kritiker vertreten haben. An vielen Punkten sind ihre Auffassung sehr ähnlich, nur partiell unterscheiden sie sich. So fordert Havemann stärker demokratische Rechte ein, Bahro kritisiert mehr die Politbürokratie und ihre Strukturen. Eingegangen wird auch auf die ökologischen Positionen der beiden Protagonisten. Es lässt sich zeigen, dass sich trotz der unterschiedlichen Schlüsse, viele ihrer Vorschläge ergänzen.

Helle Panke e. V., 2005, 56 S., 3 €

Bestellung Tel.: 030/47538724,

E-Mail: info@helle-panke.de, marko@ferst.de

Jasper von Oertzen

Wodurch sind wir in die ökologische Bedrohung gekommen?

Was hat unsere Welt geformt? Wodurch sind wir geworden, wie wir sind, wie wir denken und handeln? Wie konnten die Probleme entstehen in denen wir heute stecken? In einem Streifzug durch die vergangenen fünfhundert Jahre legt Jasper von Oertzen die Entwicklung der Gesellschaft dar - von der Renaissance bis heute. Er entwickelt schließlich - verständlich und klar ethische Forderungen und Richtlinien für ein ökologisches Zeitalter.

R. Mankau Verlag, 2004, 74 S., 9,90 €

Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de

Die „tarantel“ ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.

Ältere Papierausgaben der „tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de,
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000,
wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Bayern

PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, info@pds-bayern.de, [info@bulling-schroeter](mailto:info@bulling-schroeter.de)

Berlin

Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogasde@aol.com

Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842, annemariekersten@web.de
Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de
Dr. Dagmar Enkelmann (MdL) BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkemann@t-online.de
Carolin Steinmetzer, (MdL, umweltpolitische Sprecherin PDS-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemopponenten Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de
Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Eisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de
Dr. Johanna-Scheringer-Wright (MdL, agrarpolitische Sprecherin PDS-Fraktion), Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

linke und ökologische Medien

Tageszeitung „Neues Deutschland“
(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Tel. 030/29390786, wiso@nd.online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)
Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform